



**Gesellschaft
nachhaltig
entwickeln**

Jahresbroschüre 2024

FaFo im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg



Baden-Württemberg
Statistisches Landesamt

FaFo
FamilienForschung



Impressum

Herausgeber

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Raiffeisenplatz 5 · 70736 Fellbach

Juni 2025

Bearbeitung, Redaktion und Druck

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Raiffeisenplatz 5 · 70736 Fellbach

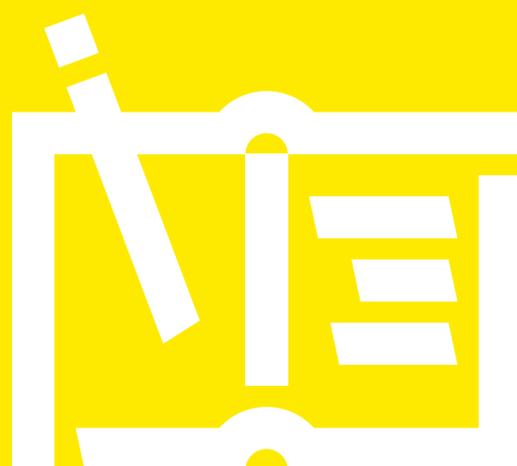
Fotonachweis

FamilienForschung Baden-Württemberg, Seite 27 und 28: Jakob Guntermann.

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Stuttgart, 2025. Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Hinweis: Diese Broschüre enthält mehrere Links auf das Internetangebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg. Für das 2. Halbjahr 2025 ist eine Neugestaltung des Internetangebots des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg geplant, daher können sich die Hyperlinks die mit „www.statistik-bw.de“ beginnen in naher Zukunft ändern.

In der digitalen Variante der Broschüre werden diese Pfade bei Bedarf angepasst.



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie halten heute die erste Jahresbroschüre der FaFo in den Händen, mit der wir Ihnen einen Einblick in die Themen und Projekte der FaFo im Jahr 2024 geben wollen. Unter dem Leitsatz „Gesellschaft nachhaltig entwickeln“ widmet sich die FaFo seit über 40 Jahren der Analyse gesellschaftlicher Entwicklungen und leistet einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Gestaltung sozialer und demografischer Prozesse. Thematisch reicht der Bogen von Familie über Armut, Gleichstellung und Integration bis hin zur Demografie. Im Zentrum steht dabei der rasante gesellschaftliche Wandel.

Die Basis der Analysen sind überwiegend Daten der amtlichen Statistik, aber auch andere sozialwissenschaftliche Datensätze. Die Methoden und Herangehensweisen der FaFo entwickeln sich stetig weiter. Im Jahr 2024 wurden für den GesellschaftsReport „Familien als starke Mitte – Ein Blick auf Baden-Württemberg“ erstmals Ergebnisse des familiendemografischen Panels FReDA ausgewertet, das beim Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) angesiedelt ist. Auch im Rahmen der Begleitung und Beratung der kommunalen Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut hat die FaFo Neuland betreten. Hier wurden exemplarisch Kinder und Jugendliche befragt, um ihre Sicht auf die Wirkungen von Präventionsnetzwerken zu erfassen.

Die Schwerpunkte im Arbeitsbereich „Sozialwissenschaftliche Analysen“ lagen 2024 unter anderem auf der landesweiten Sozialberichterstattung, insbesondere der Modularen Armutsberichterstattung. Dabei standen die Wohnsituation armutsgefährdeter Menschen, Einkommens- und Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern sowie das Thema Einsamkeit und Isolation armutsgefährdeter Menschen im Fokus. Zudem wurden die Ergebnisse der Onlinebefragung „Bunt & Stark“ zur Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen in Baden-Württemberg veröffentlicht, die die FaFo im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg durchgeführt hat.



Im Arbeitsbereich „Demografiekonzepte, Vernetzung und Beteiligung“ unterstützte die FaFo das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg unter anderem bei der Umsetzung der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“. Auf dem 7. Landesfachtag Quartiersentwicklung tauschten sich über 300 Teilnehmende zur Frage: „Auf dem Weg zur krisenfesten Gesellschaft – Welchen Beitrag kann die Quartiersentwicklung leisten?“ aus. Im Rahmen des Programms „Netzwerk für Generationen“ begleitete die FaFo im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung den Auf- und Ausbau von sorgenden Gemeinschaften und niedrigschwelligen zugehenden Angeboten für alle Generationen. Dies ist nur eine Auswahl der Projekte, die die FaFo im Jahr 2024 umgesetzt hat. Einblicke in weitere Projekte finden Sie in dieser Broschüre. Lassen Sie sich überraschen! Ein ganz herzlicher Dank gilt den Auftraggeberinnen und Auftraggebern der FaFo sowie allen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern für die gute Zusammenarbeit.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und neue Erkenntnisse.

A handwritten signature in blue ink that reads "Anke Rigbers". The signature is fluid and cursive, with a small checkmark-like flourish at the end.

Dr. Anke Rigbers
Präsidentin Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
Die zwei Arbeitsbereiche der FaFo – Verzahnung von Forschung und Praxis.....	
	5
Themenschwerpunkte der FaFo 2024/2025	7
Projekte der FaFo 2024.....	8
Beiträge.....	
	13
Einblicke in die Themen und Projekte der FaFo.....	13
Familie und Familienpolitik	
Familie im Wandel der amtlichen Familienstatistik in Deutschland	14
Armut und Teilhabe	
Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf	16
Wohnsituation armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg ...	19
Die Wirkung von Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut aus Kindersicht.....	22

Demografie und Generationen

Demografischer Wandel fordert Umdenken im Pflegesektor	24
Teilhabe stärken – Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern	26

Gleichstellung und Diversity

Queere Menschen weiterhin Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt. . .	29
Gleichstellung gemeinsam voranbringen	31

Migration und Integration

Austausch und Vernetzung für das kommunale Integrationsmanagement	34
Gender Gap Arbeitsmarkt bei Frauen mit Migrationserfahrung besonders ausgeprägt	36

Veröffentlichungen der FaFo 2024	39
Vorträge der FaFo 2024	40
Vorstellung des Teams	42

FAMILIENPOLITIK EVALUATION VIELFALT
QUALIFIZIERUNG INDIKATOREN FAMILIEN IN
ZAHLEN GENERATIONEN REGIONAL
KONFERENZEN AUSTAUSCH ARMUT
INTEGRATION GESELLSCHAFT INFORMIEREN
POLITIK ANALYSE PROZESSBEGLEITUNG
SOZIALANALYSE FAFO PUBLIKATIONEN
TEILHABE KOOPERATIONEN STATISTIK
EXPERTISE KOMMUNALENTWICKLUNG
WORKSHOPS MONITORING BETEILIGUNG
ARBEITSMARKT MODERATION BILDUNG
STUDIEN ERHEBUNG PRÄVENTION
WISSENSTRANSFER VERANSTALTUNGEN
FAMILIENWISSENSCHAFT FACHVORTRÄGE
AUSTAUSCH FORSCHUNG MIGRATION
VERNETZEN DEMOGRAFIE BERATUNG
WANDEL GESTALTEN GESELLSCHAFT
HANDLUNGSKONZEPTE DATEN WISSEN

Die zwei Arbeitsbereiche der FaFo – Verzahnung von Forschung und Praxis

Die FaFo ist in zwei Arbeitsbereiche unterteilt: einen sozialwissenschaftlichen Bereich mit einem breiten gesellschaftlichen Themenspektrum und einen operativen Bereich, der eng mit der kommunalen Praxis verknüpft ist. Die Arbeitsbereiche ergänzen und beeinflussen sich gegenseitig. Ergebnisse aus dem Arbeitsbereich „Sozialwissenschaftliche Analysen“ werden in die Praxis vor Ort transferiert, während gleichzeitig Impulse aus der

Praxis die wissenschaftliche Arbeit bereichern. Dieser kontinuierliche Austausch trägt dazu bei, tragfähige Lösungsansätze für gesellschaftliche Herausforderungen zu entwickeln.

Auftraggebende und Partnerschaften

Die FaFo arbeitet überwiegend im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg. Weitere Auftraggeber sind unter anderem das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg sowie die Baden-Württemberg Stiftung. Darüber hinaus verfügt die FaFo über ein breites Netzwerk und arbeitet eng mit verschiedenen Organisationen, Einrichtungen, Verbänden und Kommunen in Baden-Württemberg zusammen.

Durch diese enge Zusammenarbeit mit verschiedenen Ministerien und Institutionen trägt die FaFo aktiv zur evidenzbasierten Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse bei.





Sozialwissenschaftliche Analysen – Grundlage für Politik und Öffentlichkeit schaffen

Im Arbeitsbereich „Sozialwissenschaftliche Analysen“ stellt die FaFo regelmäßig datengestützte Informationen und Analysen für Politik und Öffentlichkeit zur Verfügung. Die gewonnenen Erkenntnisse dienen unter anderem einer fortlaufenden Sozialberichterstattung für das Land Baden-Württemberg. Durch statistische Daten, empirische Analysen sowie das Monitoring und die Evaluation

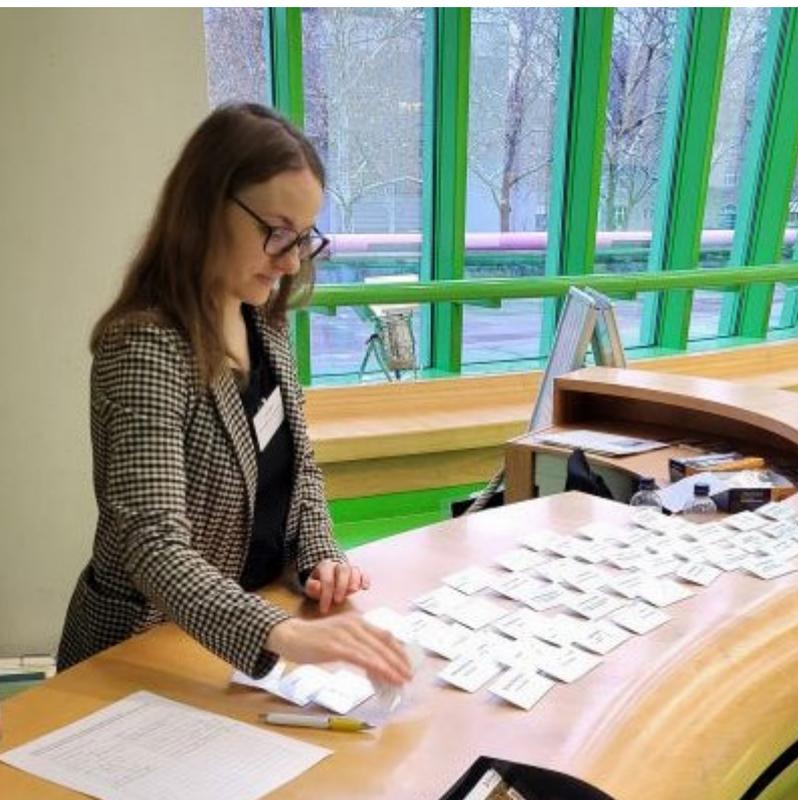
von Förderprogrammen und Projekten werden sozialpolitische Herausforderungen identifiziert und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.



Demografiekonzepte, Vernetzung und Beteiligung – Forschung in die Praxis transferieren

Ziel des Arbeitsbereichs „Demografiekonzepte, Vernetzung und Beteiligung“ ist es, wissenschaftliche Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft nutzbar zu machen. Die Auswirkungen des demografischen und sozialen Wandels werden gemeinsam mit den Menschen vor Ort bearbeitet und gestaltet. Die FaFo qualifiziert, beteiligt und

vernetzt relevante Akteurinnen und Akteure, erstellt örtliche Analysen und Handlungskonzepte und begleitet die Umsetzung von Zielen und Maßnahmen.



Abschlussveranstaltung
des Beteiligungsprozesses der
Gleichstellungsstrategie

Themenschwerpunkte der FaFo 2024/2025

Familie & Familienpolitik

- Familie im Wandel
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Eltern- und Familienbildung
- Familienfreundlichkeit von Kommunen
- Pflege
- Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen

Armut & Teilhabe

- Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut, Qualität und Wirkung in Präventionsnetzwerken, Armutssensibilität
- Modulare Armutsberichterstattung, unter anderem Altersarmut, Armut und Wohnen, ökonomische Ungleichheit und politische Partizipation
- Übergang von der Schule in den Beruf
- Armut in verschiedenen Lebenslagen und Lebensphasen
- Methoden der Armutsmessung

Demografie & Generationen

- Alters- und generationengerechte Quartiersentwicklung
- Aufbau von sorgenden Gemeinschaften und niedrigschwelligen zugehenden Angeboten für alle Generationen
- Gestaltung des demografischen Wandels mit den Menschen vor Ort
- Demografie- und zukunftsorientierte Personalpolitik

Gleichstellung & Diversity

- Weiterentwicklung des Aktionsplans für Akzeptanz und gleiche Rechte
- Beteiligungsprozess zur ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie
- Gleichstellung in der Mobilität

Migration & Integration

- Interkommunale Netzwerkbildung im Integrationsmanagement
- Integrationsmonitoring
- Integration von Zugewanderten durch Ausbildung

Projekte der FaFo 2024



Arbeitsbereich „Sozialwissenschaftliche Analysen“

Im Auftrag des Ministeriums für Soziales,
Gesundheit und Integration:

Modulare Armutsberichterstattung

Die modulare Armutsberichterstattung im Rahmen der Sozialberichterstattung des Landes Baden-Württemberg umfasst fünf Module: **das Gesellschaftsmonitoring BW, Kurzanalysen, Berichte zur gesellschaftlichen Teilhabe, Gesellschafts-Reports und einen jährlichen Fachtag**. Mit diesen fünf Modulen ermöglicht die modulare Berichterstattung sowohl regelmäßig wichtige Kennzahlen im Bereich Armut und Reichtum bereitzustellen als auch tiefere Analysen zu einzelnen thematischen Schwerpunkten durchzuführen. Zudem können kurzfristig aktuelle Themen aufgegriffen werden. Jährlich findet ein Fachtag statt, um Ergebnisse aus der Berichterstattung und den Fördermaßnahmen des Landes mit der Öffentlichkeit zu diskutieren sowie Menschen mit Armutserfahrung in diese Prozesse einzubeziehen.

GesellschaftsReport BW

Der GesellschaftsReport BW wird im Rahmen der Sozialberichterstattung des Landes Baden-Württemberg erstellt und bietet kurze und prägnante wissenschaftliche Analysen zu einem breiten Spektrum gesellschaftlich relevanter Themen. Jede Ausgabe beruht auf Ergebnissen der amtlichen Statistik und der sozialwissenschaftlichen Forschung, gibt Praxisbeispiele an die Hand und benennt sozialpolitische Handlungsfelder.

Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg

Das Gesellschaftsmonitoring stellt in einem öffentlich zugänglichen Onlineportal kontinuierlich zentrale Kennzahlen zu insgesamt zehn sozialpolitischen Themenfeldern bereit.

Onlinebefragung zur Lebenswirklichkeit von LSBTIQ*-Menschen in Baden-Württemberg

Die FaFo führte 2023 eine anonyme Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen in Baden-Württemberg durch. Untersucht wurden schwerpunktmäßig die Themen Gesundheit, Diskriminierung, Gewalt, Bildung und Familie. Die Stichprobe umfasste nach der Datenbereinigung 2.088 Menschen. Die Ergebnisse der Befragung wurden 2024 in einem Bericht veröffentlicht und fließen in die Weiterentwicklung des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg ein.

Bilanzierung des Ideenwettbewerbs „Wiedereinstieg und Verbleib im Pflegeberuf“

Im Rahmen des Ideenwettbewerbs „Wiedereinstieg und Verbleib im Pflegeberuf“ wurden kreative Konzepte und vielseitige Ideen prämiert, wie die Zukunft der Pflege in Baden-Württemberg gestaltet werden kann. Die FaFo führte eine praxisnahe Dokumentation und Bilanzierung der 13 ausge-

zeichneten Projekte durch. Basis der Bilanzierung waren die Projektmaterialien der einzelnen Standorte sowie qualitative Fokusgruppeninterviews mit den Projektträgern.

Im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus:

Monitoring des Förderprogramms „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Zugewanderte“

Im Rahmen des Programms „Integration durch Ausbildung – Perspektiven für Zugewanderte“ fördert das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg seit 2016 ein flächendeckendes Netz von landesweit rund 50 sogenannten regionalen „Kümmerern“. Die Kümmerer unterstützen neu zugewanderte Menschen bei der Berufswahl, vermitteln sie passgenau in Praktikum, Einstiegsqualifizierung und Ausbildung und begleiten sie während der ersten 6 Monate der Ausbildung. Gleichzeitig sind die Kümmerer Ansprechpersonen für die Betriebe. Seit 2016 wurden 9.878 Zugewanderte im Rahmen des Kümmerer-Programms begleitet und 8.852 Betriebe rund um das Thema Ausbildung von Zugewanderten durch Kümmerer beraten. Die FaFo ist mit dem Monitoring des Förderprogramms betraut.

Monitoring des Bildungsgangs AVdual

Jugendliche, die im Anschluss an den Besuch der allgemeinbildenden Schule noch Unterstützungsbedarf bei der Berufswege- oder Lernwegeplanung haben, sollen beim Bildungsgang AVdual über eine einjährige Ausbildungsvorbereitung mit dualem Ansatz zu einer Ausbildung geführt werden. Der Erwerb eines dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Bildungsstands ist möglich. Die Einbeziehung der zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschule (2BFS) öffnet zudem den Weg zum mittleren Bildungsabschluss. Im Rahmen des Monitorings zum Verbleib der Absolventinnen und Absolventen des Bildungsgangs

AVdual werden regelmäßig zentrale Kennzahlen für die jeweiligen Modellregionen und auf Landesebene bereitgestellt.

Verbleibserfassung an allgemeinbildenden Schulen

Im Rahmen der Verbleibserfassung werden Daten von Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Abgangsklassen in Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg erfasst. Die Verbleibserfassung wurde im Rahmen der Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf in Baden-Württemberg eingeführt und wird seit dem Schuljahr 2022/23 landesweit durchgeführt. Ziel der Neugestaltung Übergang Schule-Beruf ist es, dass mehr Schulabgängerinnen und Schulabgängern der direkte Einstieg in Ausbildung und Beruf gelingt. Im Schuljahr 2023/24 konnten so Daten von 50.371 Schülerinnen und Schülern an 846 Schulen erhoben werden. Die von der FaFo erhobenen Daten bilden eine wichtige Grundlage, um die aktuelle Situation zu analysieren und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Veranstaltungsreihe:

Familienpolitische Gespräche im Hospitalhof

Die Familienpolitischen Gespräche laden zum Dialog zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis ein. Sie finden in Kooperation mit dem Landesfamilienrat Baden-Württemberg, dem Evangelischen Bildungszentrum Hospitalhof und dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration BW halbjährlich in Stuttgart statt. Im Jahr 2024 stand das Thema „Familien zwischen Erwerbstätigkeit, Fürsorge und (fehlender) Infrastruktur“ im Mittelpunkt.



Arbeitsbereich „Demografiekonzepte Vernetzung und Beteiligung“

Im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration:

Strategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“

Lebendige Quartiere für alle Generationen zu gestalten ist das Ziel der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“, welche die FaFo in Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern seit 2017 unterstützt. Mit dem Online-Portal <http://www.quartier2030-bw.de> stellt die FaFo die zentrale Kommunikationsplattform der Landesstrategie bereit, auf der alle Informationen zu den Angeboten der Landesstrategie und den Fortschritten der örtlichen Quartiersentwicklung gebündelt werden. Mit dem Landesfachtag Quartiersentwicklung sowie den Regionalkonferenzen werden zwei zentrale Formate zur Netzwerkbildung und zum Erfahrungsaustausch der Quartiersaktiven angeboten.

Interkommunale Netzwerkbildung im Rahmen des Paktes für Integration (PIK)

Mit dem „Pakt für Integration“ unterstützt das Land die Kommunen bei der Aufgabe geflüchtete Menschen vor Ort zu integrieren. Kernstück ist die Förderung von rund 1.200 Integrationsmanagerinnen und -managern in den baden-württembergischen Städten und Gemeinden. Zu ihren Aufgaben gehört es, die Integrationsprozesse der Geflüchteten zu begleiten und ihre berufliche und gesellschaftliche Teilhabe mithilfe eines Case-Managements und der Erstellung individueller Integrationspläne voranzubringen. Um die Integrationsmanagerinnen und -manager in örtliche und überörtliche lernende Netzwerke einzubinden und das Integrationsmanagement in Baden-Württemberg fachlich weiterzuentwickeln, führte die FaFo im Jahr 2024 insgesamt vier Regiokonfe-

renzen durch. Neben den Regionalkonferenzen befördert der von der FaFo regelmäßig aufgelegte Newsletter für Integrationsmanagerinnen und Integrationsmanager den wechselseitigen Informationsfluss sowie den Erfahrungsaustausch zu fachlichen Fragen der täglichen Arbeit. Zu diesen Fragen bietet die neue Website der Arbeitshilfe des Integrationsmanagements <https://www.integrationsmanagement-bw.de/> ebenfalls eine zentrale Informationsquelle, welche durch die FaFo gepflegt wird.

Regiokonferenzen zur Verbesserung der Vernetzung und Zusammenarbeit von Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe und Schulen

Ziel der Regiokonferenzen war es, die Akteurinnen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie und die Schulen enger zu vernetzen und Impulse für die Weiterentwicklung nachhaltiger Kooperationsstrukturen zu geben, um dem gestiegenen Unterstützungsbedarf von psychisch belasteten oder erkrankten Kindern, Jugendlichen und Eltern infolge der Coronapandemie gerecht zu werden. In den Jahren 2023/2024 hat die FaFo insgesamt acht Regiokonferenzen durchgeführt. Am 4. Dezember fand die landesweite Abschlussveranstaltung statt, an der Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe, der kinder- und jugendpsychiatrischen Hilfen, der Schulen und der angrenzenden Helfefelder aus den regionalen Vernetzungskonferenzen sowie Vertreterinnen und Vertreter der entsprechenden Landesverbände und Landesministerien teilnahmen.

Beteiligungsprozess im Rahmen des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“

Der Aktionsplan wurde 2015 entwickelt, um Vorurteile gegenüber queeren Menschen abzubauen und die Öffentlichkeit für das Recht auf Gleichbehandlung und Nichtdiskriminierung zu sensibilisieren. Ab 2024 erfolgt eine Weiterentwicklung des Aktionsplans, um die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in allen Lebensbereichen zu stärken, ob im ländlichen Raum, in Bildung und Wissenschaft, in der Jugendarbeit, im Gesundheits- und Pflegesektor oder in der Arbeitswelt. In diesem Zusammenhang wurden 2024 die Ergebnisse der Onlinebefragung Bunt & Stark veröffentlicht. Die FaFo führte am 20. September 2024 einen Beteiligungsworkshop durch, um gemeinsam mit der Community, den Vereinen und Verbänden, der Politik und Verwaltung konkrete Ziele und Maßnahmen zu erarbeiten.

Beteiligungsprozess im Rahmen der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie Baden-Württemberg

Mit der Gleichstellungsstrategie verfolgt die Landesregierung das Ziel, die Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und digitalen Belangen voranzubringen. Die FaFo war im Jahr 2024 vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg damit beauftragt, einen breit angelegten Beteiligungsprozess zur Gleichstellungsstrategie durchzuführen. Der Beteiligungsprozess umfasste sowohl eine Zukunftskonferenz am 7. Juni 2024 als auch eine Online-Befragung zu Zielen und Maßnahmen. Im Herbst 2025 plant die Landesregierung die Strategie zu veröffentlichen. Im Rahmen einer Abschlussveranstaltung in der Stuttgarter Staatsgalerie am 9. Dezember 2024 mit rund 180 Teilnehmenden wurden die eingebrachten Ideen und Vorschläge vorgestellt.

Beratung und Begleitung der Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut

Ziel eines Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut ist es, eine integrierte kommunale Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln. Die FaFo ist mit der Vernetzung, Beratung, fachlichen Begleitung und Qualifizierung der Standorte beauftragt. Sie bietet dabei unterschiedliche Unterstützungsangebote für die Standorte an, von individueller Beratung bis zu thematischen Fachveranstaltungen. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Förderung des Erfahrungsaustauschs zwischen den einzelnen Präventionsnetzwerken. Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut bestehen aktuell in 26 von 44 Stadt- und Landkreisen. Bis zum Jahr 2030 sollen solche Netzwerke flächendeckend in allen Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg etabliert sein.

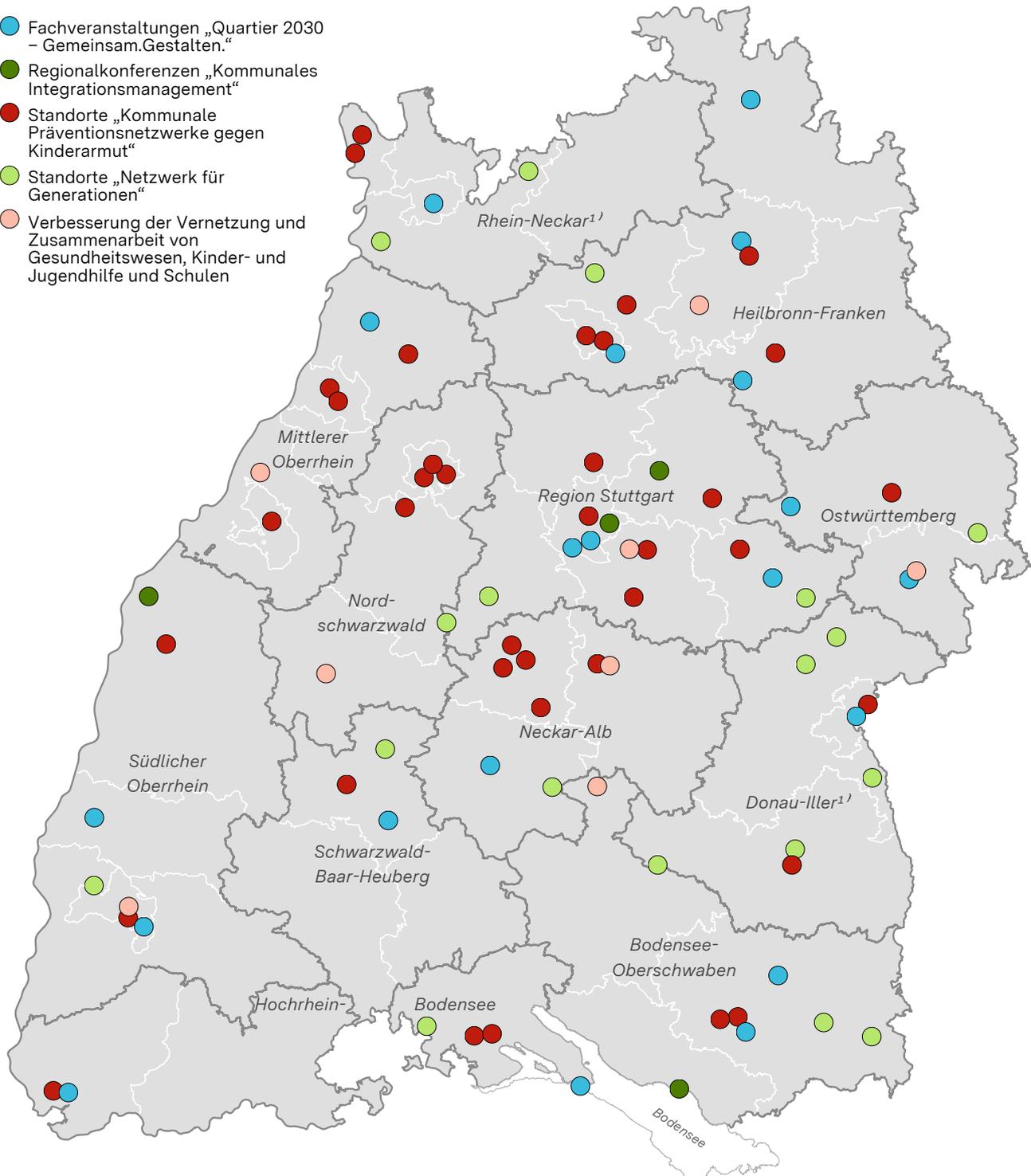
Im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung:

Netzwerk für Generationen

Unter dem Motto „Gemeinschaft stärken – Familien unterstützen – Kinder fördern“ werden Städte und Gemeinden im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung dabei unterstützt, generationenverbindende Netzwerke im Sinne sorgender Gemeinschaften aufzubauen. Die Netzwerke haben die Aufgabe, die Kinder-, Familien- und Generationenfreundlichkeit in den Kommunen durch niedrigschwellige zugehende Ansätze nachhaltig zu fördern und die Hilfs- und Unterstützungsstrukturen vor Ort für alle weiterzuentwickeln. Konkrete Projekte können zum Beispiel Familienbesuche, Kultur- und Bildungspatinnen und -paten für Kinder, Hausbesuche für Seniorinnen und Senioren, Nachbarschaftshilfen, Talentbörsen, Ehrenamtslotsen und -lotsen etc. sein. Die FaFo bietet für die Kommunen Beratung und Qualifizierung für den Aufbau solcher gemeinwohlorientierter Netzwerke an. Das Programm „Netzwerk für Generationen“ wird mittlerweile an 24 Standorten in Baden-Württemberg umgesetzt.

Aktuelle Standorte und Veranstaltungen der FaFo-Projekte

- Fachveranstaltungen „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.“
- Regionalkonferenzen „Kommunales Integrationsmanagement“
- Standorte „Kommunale Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut“
- Standorte „Netzwerk für Generationen“
- Verbesserung der Vernetzung und Zusammenarbeit von Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe und Schulen



Die Karte bezieht sich auf aktuelle Projekte im Arbeitsbereich Demografiekonzepte, Vernetzung & Beteiligung (Stand 2024). Bis auf das Netzwerk für Generationen der Baden-Württemberg Stiftung werden die Projekte im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration durchgeführt.

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Datenquelle: Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.



Beiträge

Einblicke in die Themen
und Projekte der FaFo

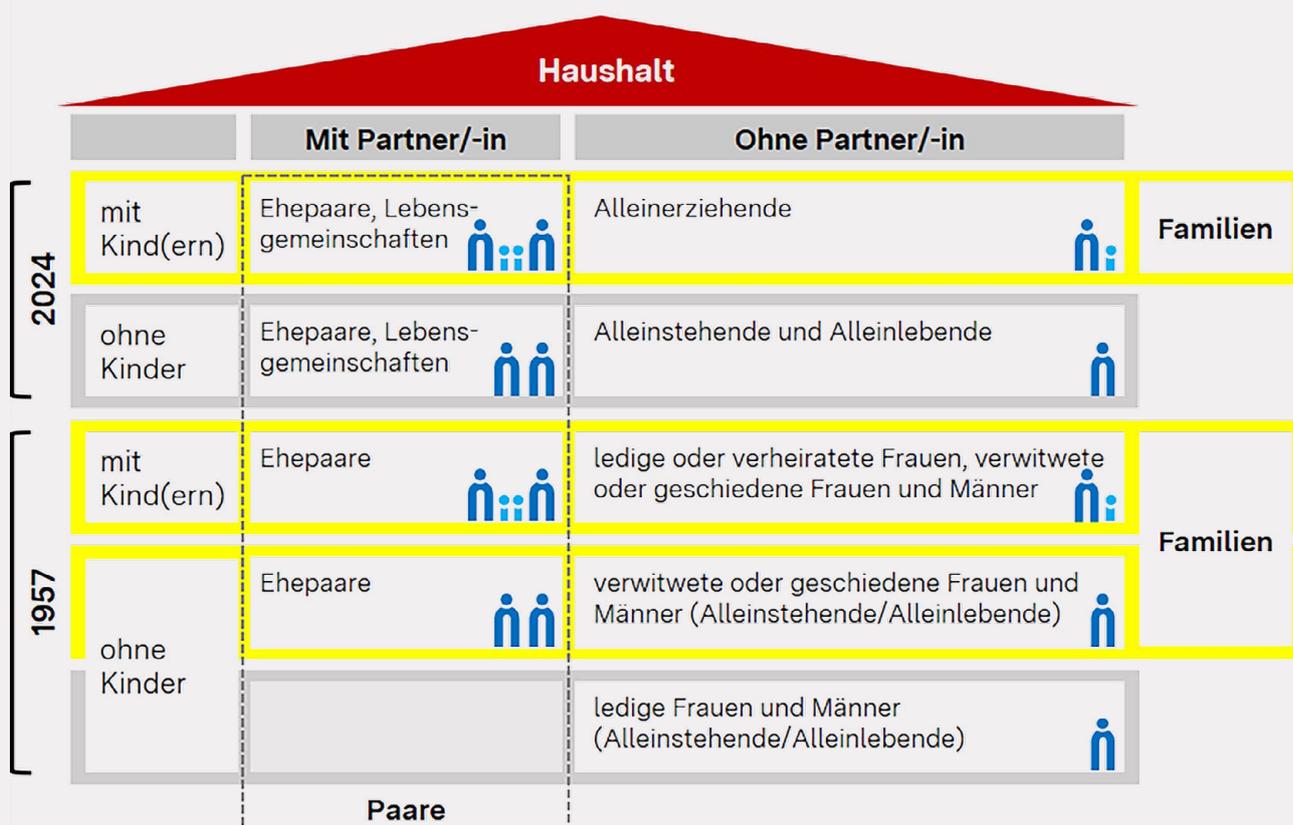


Familie im Wandel der amtlichen Familienstatistik in Deutschland

Was Familie in der amtlichen Statistik in Deutschland ist, wird bestimmt von kulturellen Vorstellungen, aber auch wesentlich durch erhebungstechnische Aspekte. Kulturelle Vorstellungen ändern sich und damit auch das, was als Familie gezählt wird und was weiterhin nicht gezählt wird. Insofern ist die Familienstatistik im Wandel ein Spiegelbild der Gesellschaft, gleichwohl mit blinden Flecken. Der Nationalökonom, Bevölkerungswissenschaftler und Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes Hermann Schubnell stellte 1959 klar, dass die Komplexität der Familie erhebungstechnisch, also

durch eine Volks- oder Berufszählung nicht zu erfassen sei. Denn die Bevölkerung könne nicht belastet werden mit den „sehr komplizierten“ Fragen, zu all den „Spielarten des Nichtmehrzusammenlebens, aber doch noch in irgendeiner Form Zurfamiliegehörens“.

Systematik der Familien- und Lebensformen im Mikrozensus 1957 und 2024



Die Familienstatistik beruht in Westdeutschland seit 1957 und in Deutschland seit 1990 hauptsächlich auf dem Mikrozensus, der jedes Jahr 1 % der Bevölkerung befragt. Zunächst zählten als „wichtigste Familientypen“ die **Eltern-Kinder-Gemeinschaft**, und zwar die **verheirateten Eltern, Mutter und Vater**, und die von ihnen **biologisch abstammenden Kinder**. Zur damaligen Zeit waren Ehe und Familie selbstverständlich miteinander verknüpft. Deshalb zählten als Familie auch **verwitwete** oder **geschiedene Personen ohne Kinder, Alleinstehende Mütter** und Väter, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben, werden bis in die 1970er-Jahren zwar als Familie begriffen, aber gleichzeitig als „Restfamilie“ oder „unvollständige“ Familie bezeichnet. Das Ehepaar mit Kindern gilt als „Normalfamilie“ und „vollständige“ Familie. In den 1980er-Jahren wird die Unterscheidung von vollständigen und unvollständigen Familien ausgetauscht gegen die von Ehepaaren mit Kindern und Alleinerziehenden.

Eine grundsätzliche Erweiterung des Familienbegriffs und der statistischen Darstellung von Familie setzt sich nach 4 Jahrzehnten mit dem Mikrozensus 1996 durch. Das **Lebensformenkonzept** ersetzt das traditionale Familienkonzept. Entscheidend dafür, was nun als Familie gezählt wird, ist die Elternschaft und nicht mehr der Familienstand „Ehe“ und die Zweigeschlechtlichkeit der Eltern.

Die gegenwärtige Statistik zählt als Familien nur noch das Zusammenleben von Paaren oder alleinstehenden Personen mit ledigen Kindern und nicht mehr Ehepaare ohne Kinder im Haushalt und Alleinstehende. Eltern-Kind-Beziehungen, die über Haushaltsgrenzen hinweg bestehen, oder Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung, das sogenannte „Living-apart-together“, bleiben weiterhin unberücksichtigt. Unter den Paaren ohne Kind können auch Paare sein, deren Kinder bereits ausgezogen sind.

Der Familienstand und das Geschlecht der zusammenlebenden Eltern sind gleichgültig. Als Familie werden heute auch nichtehelich und gleichgeschlechtlich zusammenlebende Eltern mit ihren ledigen Kindern gezählt. Das soziale Zusammenleben mit Kindern wird gemessen und beschränkt sich nicht auf eine direkte biologische Abstammung.

Die Anzahl der Eltern bleibt eingeschränkt und vorausgesetzt. Die amtliche Statistik zählt als Familie keine Lebensgemeinschaften mit mehr als zwei Eltern und setzt Lebensgemeinschaften mit zwei Generationen, Eltern mit Kindern, voraus. Sie schließt zudem alle Lebensformen aus, die sich selbst als Familie benennen, aber ohne Elternschaft und Kindschaft sind.

Es bleibt eine Herausforderung für die amtliche Statistik, wie sie auch in den Empfehlungen der Sachverständigenkommission des Zehnten Familienberichts der Bundesregierung von 2024 zum Ausdruck kommt, die Vielfalt der Lebensformen im Allgemeinen und die der Familien im Besonderen sachlich adäquat und zeitnah zu erfassen. Nur die amtliche Statistik kann mit der hohen Repräsentativität und Reliabilität ihrer Daten den Wandel der Familie in kurzen Abständen darstellen und gleichsam seine Kontinuität über viele Jahrzehnte empirisch belegen.

Quellen:

BMFSFJ (2024): Zehnter Familienbericht. Unterstützung allein- und getrennterziehender Eltern und ihrer Kinder – Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/254524/8aa3c1aeea2f0076cd6fd08f932b1c4b/zehnter-familienbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, abgerufen am 06.03.2025.

Eggen, Bernd (2024): Eigensinn und Selbstgestaltung der Familien. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 11/12/2024.

Eggen, Bernd (2000): Familienberichterstattung in der amtlichen Statistik. In: Bien, Walter und Rathgeber, Richard (Hrsg.): Die Familie in der Sozialberichterstattung. Ein europäischer Vergleich. Schriftenreihe des Deutschen Jugendinstitutes, Band 8, S. 69–134. Wiesbaden: Springer VS.



www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag24_12_03.pdf



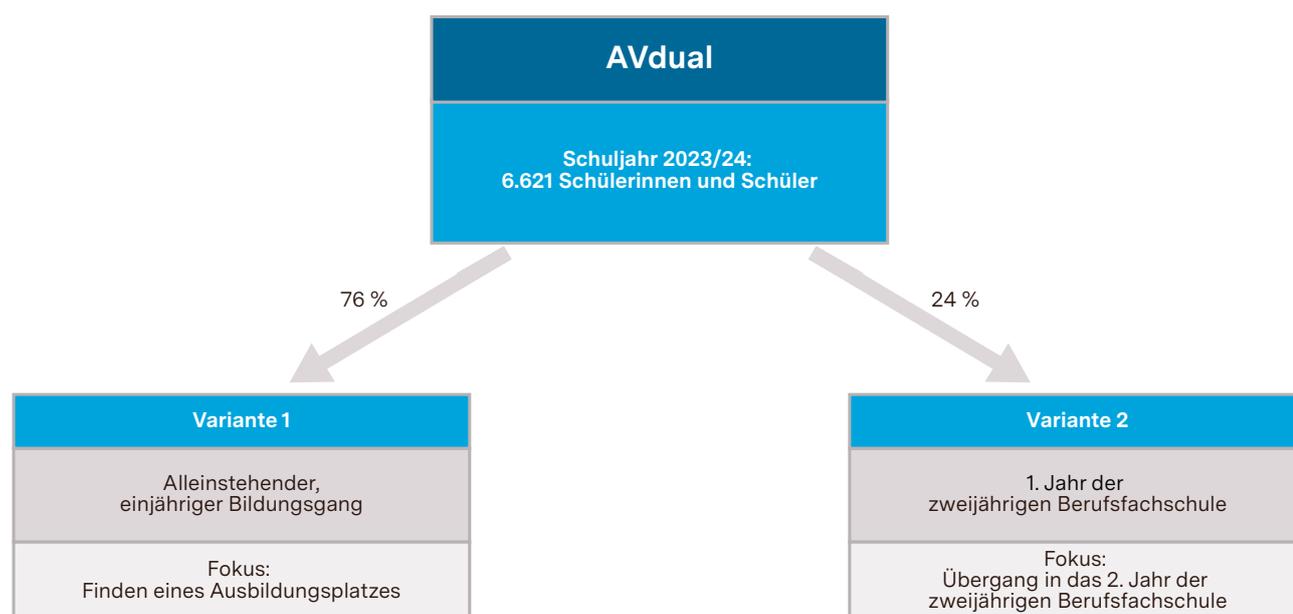
Unterstützung von Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf

Der Einstieg in den Beruf bzw. in eine berufliche Ausbildung nach der Schule ist ein bedeutender Übergang im Lebensverlauf von jungen Menschen. Der erfolgreiche Abschluss einer Berufsausbildung ist nicht nur gesamtgesellschaftlich wichtig, um den Fachkräftebedarf zu decken, sondern ermöglicht den Jugendlichen gesellschaftliche Teilhabe und reduziert ihr Arbeitslosigkeits- und Armutsrisiko (Reißig et al. 2023). Gelingt den Jugendlichen nach der allgemeinbildenden Schule der direkte Übergang in die Ausbildung nicht, gelangen sie häufig in den sogenannten Übergangsbereich. In diesem können sie Bildungsgänge zur Verbesserung ihrer berufsbezogenen Kompetenzen

und schulischen Qualifikationen besuchen. Diese Angebote sollen ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz erhöhen.

Im Jahr 2013 hat sich das Ausbildungsbündnis in Baden-Württemberg zum Ziel gesetzt, den Übergang in Baden-Württemberg so zu verändern, dass mehr Jugendlichen der direkte Übergang von der Schule in die Ausbildung oder in den Beruf ermöglicht wird (Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2013). Die Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf in Baden-Württemberg basiert auf fünf Bausteinen,

Übersicht AVdual für das Schuljahr 2023/24 differenziert nach Bildungsziel



Datenquelle: Eigene Darstellung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

167/25

durch die unter anderem Jugendliche mit Förderbedarf beim Übergang unterstützt werden sollen. Einer dieser Bausteine ist die Ausbildungsvorbereitung dual (AVdual). Kennzeichnend für diesen Bildungsgang ist die individuelle Förderung und enge Begleitung der Schülerinnen und Schüler und ein hoher Praxisanteil (Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2013). Schülerinnen und Schüler können AVdual als alleinstehenden, einjährigen Bildungsgang (Variante 1) oder als 1. Jahr der zweijährigen Berufsfachschule (Variante 2) besuchen. In der Variante 1 soll das Absolvieren von Praktika bei der Berufsorientierung und Ausbildungsplatzsuche unterstützen. Gleichzeitig können die Jugendlichen einen Schulabschluss erwerben oder verbessern. In der zweiten Variante liegt der Fokus auf dem erfolgreichen Übergang in das 2. Jahr der zweijährigen Berufsfachschule (2BFS).

Die FaFo wurde vom Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus beauftragt, jährlich zentrale Kennzahlen auf Landkreis- und Landesebene zu sozialstrukturellen Merkmalen, dem Erwerb von Abschlüssen und dem Verbleib der Schülerinnen und Schüler nach dem Verlassen von AVdual bereitzustellen.

Im Schuljahr 2023/24 wurde an 108 Schulen in 32 Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg AVdual angeboten. Insgesamt besuchten in dem Schuljahr 6.621 Schülerinnen und Schüler AVdual. Drei Viertel von ihnen durchliefen AVdual als alleinstehenden einjährigen Bildungsgang. Durch den Ansatz des individuellen Lernens orientiert am jeweiligen Niveau der Schülerinnen und Schüler kann AVdual von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlicher Vorbildung besucht werden. Im Schuljahr 2023/24 hatten mehr als 50 % der Schü-

lerinnen und Schüler keinen Schulabschluss als sie in AVdual eingetreten sind. 40 % der Schülerinnen und Schüler hatten bei Eintritt in AVdual einen Hauptschulabschluss. Die Daten zeigen, dass AVdual von einer Mehrheit der Schülerinnen und Schüler genutzt wurde, um einen Schulabschluss zu erwerben. 66,3 % der Schülerinnen und Schüler, die ohne einen Abschluss in AVdual eingetreten sind, haben AVdual mit einem dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Abschluss oder einem AVdual-Abschluss¹ beendet.

66 % der Schülerinnen und Schüler erwerben im Rahmen von AVdual einen Schulabschluss.

Neben dem individuellen Lernen ist der zweite wichtige Ansatz von AVdual die starke Einbindung von Praktika, insbesondere von betrieblichen Praktika. Die Daten zeigen, dass 34 % der Absolventinnen und Absolventen, die AVdual als einjährigen, alleinstehenden Bildungsgang (Variante 1) besucht haben, in eine betriebliche (30,2 %) oder schulische Ausbildung (3,8 %) übergegangen sind. 701 der 1.208 Absolventinnen und Absolventen, die in eine betriebliche Ausbildung übergegangen sind, haben eine Ausbildung in einem ihrer Praktikumsbetriebe begonnen. Das heißt, für 58 % der Schülerinnen und Schüler, die AVdual als einjährigen, alleinstehenden Bildungsgang besucht haben und

58 % der Absolventinnen und Absolventen der Variante 1 beginnen eine Ausbildung in einem ihrer Praktikumsbetriebe.

1 Für den Erwerb des AVdual-Abschlusses absolvieren die Schülerinnen und Schüler eine berufsbezogene Prüfung oder eine Projektprüfung. Um einen dem Hauptschulabschluss gleichwertigen Bildungsabschluss zu erreichen, werden neben der berufsbezogenen Prüfung außerdem allgemeinbildende Prüfungen (Deutsch, Mathematik und ggf. Englisch) abgelegt.

in eine betriebliche Ausbildung übergehen, kann ein „Klebeeffekt“ festgestellt werden. Darüber hinaus wechseln 32,1 % der Absolventinnen und Absolventen im Anschluss an die Variante 1 von AVdual in weitere Bildungsgänge an beruflichen Schulen.

Von den 1.402 Absolventinnen und Absolventen, die AVdual als 1. Jahr der zweijährigen Berufsfachschule durchliefen, sind 69,5 % in das 2. Jahr der zweijährigen Berufsfachschule übergegangen. Sie streben damit eine Verbesserung ihrer schulischen Qualifikation an. Die Flexibilität des Bildungsgangs führte auch dazu, dass 13,8 % der Absolventinnen und Absolventen, die AVdual als das 1. Jahr der zweijährigen Berufsfachschule besucht haben, in eine betriebliche oder schulische Ausbildung übergegangen sind. 66,1 % der Schülerinnen und Schüler, die in eine betriebliche Ausbildung übergegangen sind, haben ihre Ausbildung in einem Praktikumsbetrieb begonnen.

70 % der Absolventinnen und Absolventen der Variante 2 beginnen das 2. Jahr der zweijährigen Berufsfachschule.

Nachdem AVdual als Modellversuch in einzelnen Stadt- und Landkreisen begonnen hat, wurde AVdual zum Schuljahr 2023/24 als Regelbildungsgang verstetigt. Ein Blick in das aktuelle Schuljahr 2024/25 zeigt, dass AVdual bereits in 36 Stadt- und Landkreisen und an 126 Schulen angeboten wird. Damit steigt auch die Anzahl von Schülerinnen und Schülern, die AVdual als Bildungsangebot zur Gestaltung des Übergangs von der Schule in die berufliche Ausbildung nutzen.

Quellen:

Reißig, Birgit/Braun, Frank und Lex, Tilly (2023): Barrieren beim Berufseinstieg. In: Deutsches Jugendinstitut: 60 Jahre Forschung über Kinder, Jugendliche, Familien und die Institutionen, die sie im Leben begleiten. Wie sich zentrale Forschungsthemen des Deutschen Jugendinstituts durch gesellschaftlichen Wandel und politische Reformen verändert haben. München: DJI-Impulse.

Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2010–2014 (2013): Eckpunkte zur Neugestaltung des Übergangs von der Schule in den Beruf in Baden-Württemberg, https://wm.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-wm/intern/Dateien_Downloads/Arbeit/Berufliche_Bildung/Eckpunkte_papier_%C3%9Cbergang__4-11-2013.pdf, abgerufen am 28.01.2025.

Weitere Informationen unter:

Bündnis zur Stärkung der beruflichen Ausbildung und des Fachkräftenachwuchses in Baden-Württemberg 2023–2027 (2023): <https://www.uebergangschuleberuf-bw.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=607&token=9d9a392d471b3ce2c72b8d14c19f64b01088-0bb5&download>, abgerufen am 26.02.2025.



Wohnsituation armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg

Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen des Menschen. In Deutschland bzw. in Baden-Württemberg gibt es jedoch einen großen Mangel an bezahlbarem Wohnraum und an Sozialwohnungen. Der bisherige Neubau von Wohnungen bei gleichzeitigem Auslaufen von Miet- und Belegungsbindungen reicht nicht aus, um den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen zu decken. Aufgrund dieses Mangels an Wohnraum und den steigenden Wohnkosten ist Wohnen eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

Hohe Mietbelastung für armutsgefährdete Menschen

Seit 2005 sind die Kosten für Wohnen, Energie und Wohninstandhaltung in Baden-Württemberg von durchschnittlich 701 Euro auf 1.069 Euro im Jahr 2022 gestiegen. Von den steigenden Wohnkosten bzw. Mieten sind insbesondere armutsgefährdete Menschen¹ betroffen. In Baden-Württemberg lag die durchschnittliche Mietbelastungsquote² armutsgefährdeter Menschen im Jahr 2022 bei 44,8 %. Das bedeutet, armutsgefährdete Menschen mussten fast die Hälfte ihres Einkommens

für die Bruttokaltmiete aufwenden. Sie waren somit von einer Überbelastung³ durch die Mietkosten betroffen. In der Gesamtbevölkerung in Baden-Württemberg lag die durchschnittliche Mietbelastung bei 28,2 %. Eine deutlich geringere Mietbelastung hatten einkommensreiche Menschen⁴. Sie mussten nur 13,8 % ihres Haushaltseinkommens für die Bruttokaltmiete aufwenden. Ihre Mietbelastung betrug damit weniger als ein Drittel der Mietbelastung armutsgefährdeter Menschen.

Benachteiligung bei Wohnqualität

Die Wohnkosten beeinflussen, welche Wohnung für Menschen bezahlbar ist. Sowohl die Größe und Beschaffenheit der Wohnung als auch das Wohnumfeld, in dem sich die Wohnung befindet, haben Einfluss auf die Kosten, die für eine Wohnung anfallen.

Armutsgefährdete Menschen leben im Vergleich zu nicht-armutsgefährdeten Menschen in kleineren Wohnungen. Sie haben in der Tendenz weniger Zimmer zur Verfügung als nicht-armutsgefährdete Menschen. Sind in einer Wohnung nicht genug Zimmer für alle Haushaltsmitglieder vorhanden,

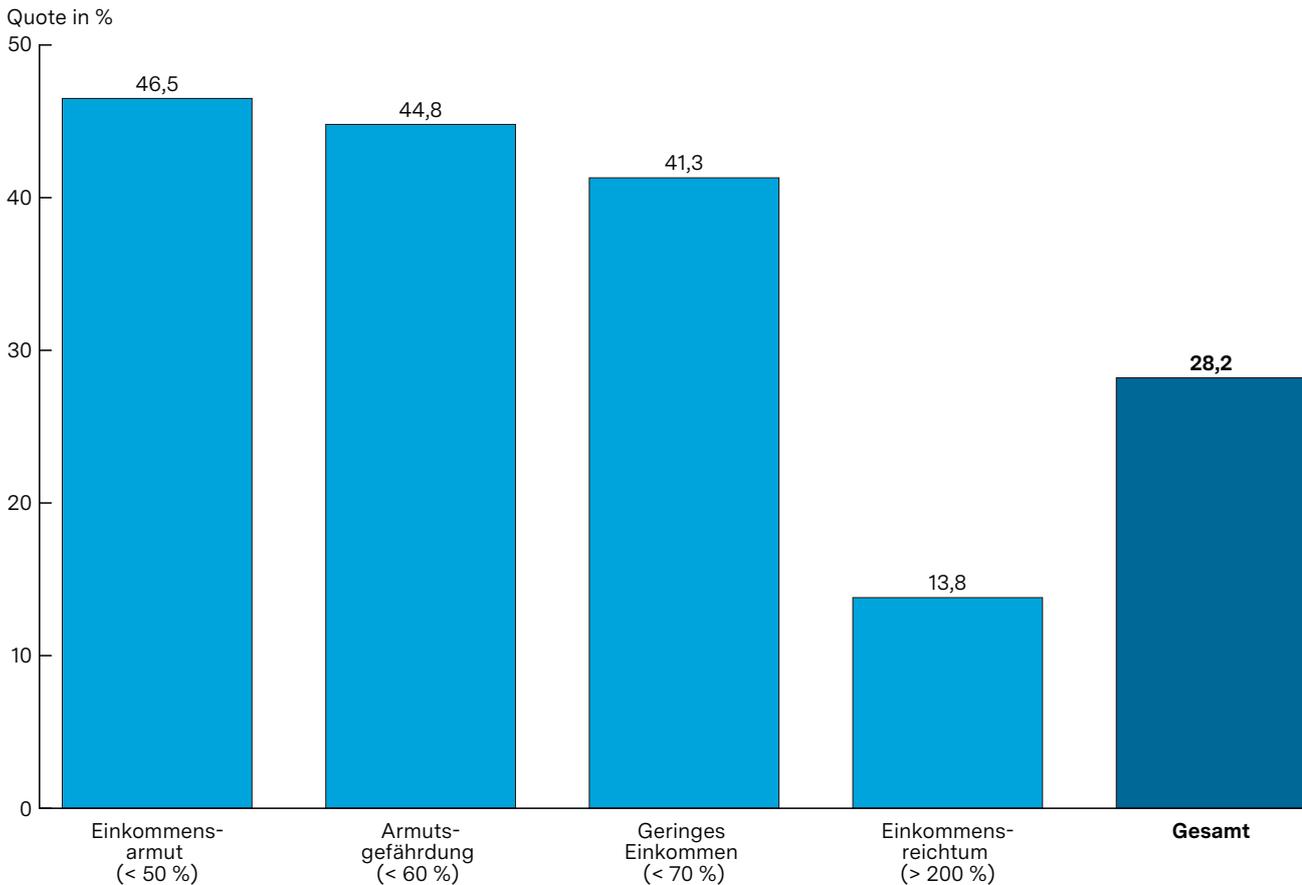
1 Menschen gelten als armutsgefährdet, wenn ihr Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens der Bevölkerung beträgt. Das Nettoäquivalenzeinkommen ist ein auf der Basis des Haushaltsnettoeinkommens und der modifizierten OECD-Skala berechnetes bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen je Haushaltsmitglied. Der Median des Nettoäquivalenzeinkommens lag in Baden-Württemberg im Jahr 2022 bei 2.094 Euro.

2 Die Mietbelastungsquote eines Haushalts bezeichnet den Anteil am Haushaltsnettoeinkommen, der für die Bruttokaltmiete aufgebracht werden muss.

3 Ab einer Mietbelastungsquote von 40 % wird von einer Überlastung durch die Mietkosten gesprochen.

4 Menschen, die mehr als 200 % des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben, gelten als einkommensreich.

Mietbelastungsquoten in Baden-Württemberg 2022



Anmerkung: Die Prozentangaben zum Einkommen beziehen sich auf das Nettoäquivalenzeinkommen (gemessen am Landesmedian).

Datenquelle: Mikrozensus 2022, eigene Auswertung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

168 25

dann gilt die Wohnung als überbelegt⁵. In Baden-Württemberg lebten im Jahr 2022 26,1 % der armutsgefährdeten Haushalte in überbelegten Wohnungen (nicht-armutsgefährdete Haushalte 10,0 %) (Endergebnisse des Mikrozensus 2022, Unterstichprobe MZ-SILC). Das Risiko in beengten Wohnverhältnissen zu leben, erhöht sich insbesondere für armutsgefährdete Alleinerziehende (mit mehreren Kindern) und für armutsgefährdete Haushalte, in denen Haushaltsmitglieder mit Migrationshintergrund leben (FaFo 2024).

Armutsgefährdete Menschen leben außerdem häufig in unsanierten Wohnungen. Nach Daten des Sozio-oekonomischen Panels 2020 haben ihre Wohnungen oft keine doppelverglaste Fenster, keine ausreichende Wärmedämmung oder sind von Feuchtigkeitsschäden betroffen (GeMo 2019). Auch in Bezug auf ihre Wohnumgebung sind armutsgefährdete Menschen häufig benachteiligt. Sie leben zum Beispiel in Wohnumgebungen mit einer schlechten Infrastruktur und sind einer höheren Lärmbelastung und Umweltverschmutzung ausgesetzt (FaFo 2024; GeMo 2019).

5 Eine Wohnung gilt als überbelegt, wenn es mindestens einen der folgenden Räume nicht gibt: einen Gemeinschaftsraum, einen Raum pro Paar, das in dem Haushalt lebt, einen Raum pro weiterer Person ab 18 Jahren, einen Raum für zwei Kinder unter 12 Jahren, einen Raum für zwei Kinder desselben Geschlechts zwischen 12 und 17 Jahren, einen Raum je Kind zwischen 12 und 17 Jahren, wenn sie unterschiedlichen Geschlechts sind (<https://www.destatis.de/Europa/DE/Thema/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Soziales-Lebensbedingungen/Ueberbelegung.html>, abgerufen am 29.01.2025).

Wohnungsgröße armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg 2022

Haushalte	Wohnfläche		
	m ² insgesamt	m ² pro Kopf	Anzahl der Zimmer
Gesamt	78,2	48,1	2,9
armutsgefährdete Haushalte	67,1	43,9	2,6
nicht-armutsgefährdete Haushalte	81,7	49,5	3,1

Datenquelle: Erstergebnisse Mikrozensus 2022, eigene Auswertung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Wohnsituation hat Einfluss auf Teilhabe

Die beschriebene Wohnsituation wirkt sich weitreichend auf das Leben von armutsgefährdeten Menschen aus. Aufgrund der hohen Belastung durch die Wohnkosten erleben armutsgefährdete Menschen zum Beispiel starke Einschränkungen in Bezug auf ihren Konsum und ihre gesellschaftliche Teilhabe. Zusätzlich kann sich die Qualität ihrer Wohnungen und der Wohnumgebung negativ auf ihre psychische und physische Gesundheit auswirken (FaFo 2024). Um die Wohnsituation und die daraus resultierenden Lebensbedingungen armutsgefährdeter Menschen zu verbessern und den steigenden Wohnkosten entgegenzuwirken, ist in erster Linie ausreichend bezahlbarer Wohnraum erforderlich. Aber auch die Verbesserung der Infrastruktur benachteiligter Sozialräume und die Prävention von Wohnraumverlust sind mögliche Ansatzpunkte.

Quellen:

FaFo Baden-Württemberg – Faden-Kuhne, Kristina/ Saleth, Stephanie/Velinsky, Jan und Anders, Carsten (2024): Wohnsituation armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg. Zweiter Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe in Baden-Württemberg im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg, https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Armut_und_wohnen_in_BW_Teil2.pdf, abgerufen am 29.01.2025.

Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg (GeMo 2019): Probleme der Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland, <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/armut-und-reichtum/lebenslagen-und-soziale-exklusion/#toggle-id-11>, abgerufen am 29.01.2025.



<https://www.statistik-bw.de/FaFo/Analysen/ModArmBer02-ArmutWohnen.pdf>



Die Wirkung von Präventionsnetzwerken gegen Kinderarmut aus Kindersicht

In Baden-Württemberg ist nahezu jedes fünfte Kind armutsgefährdet. Die Armutsfolgenprävention und Bekämpfung von Kinderarmut sind wichtige kommunale Aufgaben. Dabei steht im Zentrum, dass jedes Kind die gleichen Teilhabechancen haben soll, unabhängig von der sozialen Herkunft oder der ökonomischen Situation des Elternhauses. In der Regel bestehen in Kommunen bereits eine Reihe von Angeboten, die diese Zielsetzung aufgreifen. Sie sind bei verschiedenen Trägern angesiedelt, werden unterschiedlich finanziert und basieren auf verschiedenen Rechtsgrundlagen. Diese Einzelmaßnahmen sind zumeist nicht aufeinander abgestimmt, was zu Doppelungen und Lücken im Gesamtangebot führen kann. Das soll durch den Aufbau eines Präventionsnetzwerks geändert werden. Ziel eines Präventionsnetzwerks gegen Kinderarmut ist es, eine integrierte kommunale Strategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut zu entwickeln.

Bei allen Unterstützungsleistungen ist entscheidend, was ankommt und welche Wirkungen damit erzielt werden. Bei der Umsetzung von Angeboten sind die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen zentral, denn Wirkung entsteht in Koproduktion mit ihnen. Um die Wirkung von Präventionsnetzwerken aus Sicht von Kindern und Jugendlichen sichtbar zu machen, hat die FaFo an einem Standort exemplarische Interviews mit zwei jungen Menschen¹ im Alter von 8 und 10 Jahren und einer Fachkraft geführt.

Subjektive Wirkung des Mannheimer Präventionsnetzwerks „Campus Neckarstadt-West“

Das Präventionsnetzwerk in Mannheim adressiert Grundschul Kinder des sozialstrukturell auffälligen Stadtteils Neckarstadt-West (Förderverein Campus Neckarstadt-West e.V.). Nach der Schule kommen die Kinder an. Es folgen ein gesundes Mittagessen und eine pädagogisch angeleitete Freispielzeit. Weitere Bestandteile sind eine durch Peers (Realschülerinnen und -schüler aus dem Stadtteil) betreute Hausaufgabenzeit sowie ein breites Angebot an AGs. Subjektiv wahrnehmbare Wirkungen zeigen sich insbesondere mit Blick auf die soziale Teilhabe, Gesundheit und Bildung.



Soziale Teilhabe:

„Ich habe jeden Tag was zu tun.“ (Ben)

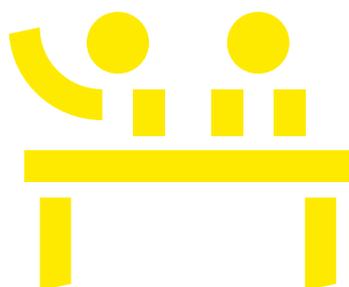
Den strukturgebenden Effekt des Angebots verdeutlichen Johanna und Ben mit ihren Antworten auf die Frage, wie beide ohne Campus ihren Tag verbringen würden. Ben antwortet:

„Meine Hausaufgaben machen und dann ein bisschen schlafen und dann weiß ich nicht.“
(Ben)

¹ Die Namen sind zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte geändert.

Campus ermöglicht es darüber hinaus, Freundschaften zu knüpfen. In diesem Zusammenhang berichtet Johanna von einem für sie wichtigen Ereignis:

„Also, als wir einmal im Spielplatz waren, da hab' ich mit jemandem gespielt und bin jetzt mit der befreundet.“ (Johanna)



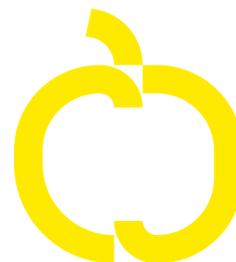
Bildung:

„Ich habe meine Hausaufgaben jetzt immer in der Schule.“ (Johanna)

„Früher gab es bei Hausaufgaben und wenn ich zu viel Handy spiele Streit!“ (Johanna)

Die subjektive Wirkung im Bereich Bildung wird maßgeblich durch die in den Tagesablauf eingebettete Hausaufgabenbetreuung beeinflusst. Die Kinder werden während der Hausaufgabenzeit durch die Mentorinnen und Mentoren unterstützt:

„Manche [Aufgaben] kenne ich nicht, dann kann ich hier fragen und bekomme Hilfe. Die sind auch nicht so wie Lehrer, halt cooler.“ (Ben)



Gesundheit:

„Die machen hier gute Spaghetti!“ (Johanna)

Die Fachkraft führt aus, dass „der Tag [bei Campus] mit einem gesunden Mittagessen beginnt“ und es darüber hinaus um das Erleben von Gemeinschaft und die Freude am Essen gehe. Bei dem festen Ritual „setzen wir uns zusammen an den Tisch (...), da gibt es gewisse Regeln, und das tut gut“, so die Expertin weiter. Zum anderen wird der Gesundheitsaspekt durch die täglichen Spielzeiten und AGs berührt:

„Dann müssen wir warten, bis es 13 Uhr ist und dann dürfen wir [in den Sportraum]“ (Ben)

Präventionsnetzwerke wirken

Gerade in den Bereichen soziale Teilhabe, Gesundheit und Bildung zieht Armutserfahrung oftmals biografisch einschneidende Folgen nach sich. Das Präventionsnetzwerk trägt somit zu einer höheren Chancengleichheit im Stadtteil und einer inklusiveren und gerechteren Stadtgesellschaft bei. Das Netzwerk stellt hierbei die tragende Instanz dar. Laut der Fachkraft kann „ein Einzelakteur (...) nie irgendwie groß was ausrichten, schon gar nicht jetzt in so einem großen Kontext wie in einem Stadtteil, wo über 22.000 Menschen leben, und dann ist es so, dass (...) zum Beispiel jetzt in unserem Fall konkret, es schon Angebote hier im Stadtteil gab (...), bevor das Präventionsnetzwerk (...) auf den Plan getreten ist, das muss halt eben alles sinnvoll verbunden werden, es muss am besten (...) auch eine Organisationsstruktur geschaffen werden. Das ist jetzt in dem Fall von Campus so“.

Quellen:

Förderverein Campus Neckarstadt-West e.V.: Campus Neckarstadt-West, <https://www.campus-neckarstadt-west.de/>, abgerufen am 04.03.2025.



Demografischer Wandel fordert Umdenken im Pflegesektor

Professionelle Pflegende – das ist laut Bundesagentur für Arbeit bereits jetzt die Berufsgruppe, die in Baden-Württemberg den größten Fachkräftebedarf aufweist.

Die demografische Entwicklung und der medizinische Fortschritt führen zu einem wachsenden Bedarf an Pflegefachkräften (Singer und Fleischer 2024).

In Baden-Württemberg wird mit einem Anstieg um 25 % von 2021 bis 2040 gerechnet. Bis 2060 könnte die Zahl der Pflegebedürftigen ausgehend vom Basisjahr 2021 um 48 % zunehmen, wobei die Zuwachsraten regional stark schwanken. In Baden-Württemberg würde dies zum Beispiel einen Anstieg von 540.000 auf etwa 800.000 Pflegebedürftige bedeuten (Kaiser 2024).

Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg bis 2060 um

48 %

Arbeiten im Schichtdienst

Häufig steigen Pflegekräfte vorzeitig aus dem Beruf aus. Gründe dafür sind eine hohe Arbeitsbelastung und die schwierige Vereinbarkeit von Schichtdiensten, Familie und Freizeit. Um Pflegekräfte zu halten oder zurückzugewinnen, müssen Arbeitgebende umdenken und Lösungen für flexible Arbeitszeitgestaltung suchen.

Deutschlandweit starteten in den letzten Jahren mehrere Pilotprojekte, die längere Schichten am Stück vorsehen. Diese Modelle bieten eine bessere Planbarkeit und Vereinbarkeit für die Mitarbeitenden und steigern gleichzeitig die Versorgungsqualität. Die Einführung solcher längeren Schichten wird jedoch durch bürokratische Hürden erschwert. Dies wird beispielhaft beim Ideenwettbewerb „Wiedereinstieg und Verbleib in der Pflege“ des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration in Baden-Württemberg sichtbar, der von der FaFo begleitet und bilanziert wurde. Einige Einreichungen widmeten sich gezielt der Thematik der Vereinbarkeit des Pflegeberufs mit dem Privatleben und unterbreiteten innovative Vorschläge wie zum Beispiel lebensphasenorientierte Arbeitszeitmodelle oder alternative Schichtmodelle. Ziel eines der prämierten Projekte des Ideenwettbewerbs war die Einführung einer Zwölfstundenschicht. Behördliche Auflagen wie betriebsärztliche Gutachten und Ausnahme genehmigungen vom Gewerbeaufsichtsamt verhielten bisher die Umsetzung des Projekts.

Ein Blick in andere europäische Länder zeigt die unterschiedliche Ausgestaltung von Schichtdiensten. In vielen Ländern sind Zwölfstundenschichten bereits üblich, zum Beispiel in Frankreich, Italien, Österreich, den Niederlanden und Polen. In Schweden haben einige Pflegeeinrichtungen das 3+3-Modell eingeführt: 3 Tage arbeiten, 3 Tage frei – bei einer 85-Prozent-Anstellung mit Vollzeitvergütung.

Flexibilität in der Ausgestaltung

Grundsätzlich gilt: Bei der Gestaltung des Schichtsystems kommt es immer auf die individuellen Gegebenheiten an. Nicht alle Bereiche der medizinischen Versorgung sind für Zwölfstundenschichten geeignet und nicht alle Pflegekräfte können lange Schichten leisten. Besonders ältere Pflegekräfte oder Pflegekräfte mit familiären Verpflichtungen benötigen flexible Arbeitszeiten. Zwei weitere Projekte des Ideenwettbewerbs hatten als Ziel, zugunsten der Vereinbarkeit einen Flexpool einzurichten, in dem Mitarbeitende mit reduzierten, flexibel angepassten Schichtzeiten arbeiten können. Diese Mitarbeitenden sollen eingesetzt werden, um Belastungsspitzen in verschiedenen Abteilungen auszugleichen.

Die veränderten Arbeitsmuster und der Bedarf nach mehr Arbeitszeitflexibilität im Gesundheitssektor stellen Arbeitgebende vor organisatorische Herausforderungen. Die Patientenversorgung muss unter Berücksichtigung der verschiedenen Schichtsysteme stets gewährleistet werden. Digitale Lösungen können bei der Dienstplangestaltung helfen. Ein weiteres Projekt des Ideenwettbewerbs entwickelte ein digitales Tool, das individuelle Bedürfnisse bei der Dienstplanung berücksichtigt, die Vereinbarkeit fördert und die Zufriedenheit der Mitarbeitenden steigert. Darüber hinaus können Kinderbetreuungsangebote zu Randzeiten die Vereinbarkeit von Schichtdiensten und Familien erleichtern und so den Wiedereinstieg und Verbleib in der Pflege fördern.

Quellen:

Kaiser, Monika (2024): Neue Pflegevorausberechnung für Baden-Württemberg. Ergebnisse für das Land bis 2060 und für die Kreise bis 2040.

In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 3/2024.

Singer, Kirsten und Fleischer, Nicole (2024): Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich. Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Bundesagentur für Arbeit, https://statistik.arbeitsagentur.de/-/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/Generische-Publikationen/Altenpflege.pdf?__blob=publicationFile, abgerufen am 28.02.2025.



https://www.statistik-bw.de/FaFo/Publikationen//Ideenwettbewerb_AbschlDok.pdf





Teilhabe stärken – Gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern

Die Studie „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022“ der Bertelsmann Stiftung zeigt deutlich: Die Corona-Pandemie hat Spuren im sozialen Miteinander hinterlassen. Während 2019 noch fast 80 % der Befragten den Zusammenhalt vor Ort als gut oder sehr gut einschätzten, fiel dieser Wert 2022 drastisch auf nur noch 47 % (Bertelsmann Stiftung 2022).

Diese Entwicklung ist besorgniserregend. Vertrauen, Solidarität und das Gefühl von Zugehörigkeit sind geschwächt – mit weitreichenden Folgen. Besonders betroffen sind Menschen mit Armutserfahrung, Nicht-Erwerbstätige oder Personen mit Migrationshintergrund. Vor allem für diese Gruppen ist gesellschaftlicher Zusammenhalt weniger spürbar geworden. Ohne gelebtes Miteinander vor Ort wird es jedoch schwieriger, gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen – seien es die Nachwirkungen der Pandemie, wirtschaftliche Unsicherheiten, die Klimakrise oder die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine (Bertelsmann Stiftung 2022).

Die Studienergebnisse liefern wertvolle Hinweise darauf, wie Politik und Gesellschaft gegensteuern können. Vor allem für jene Menschen, die sich weniger eingebunden fühlen, gilt es gezielt Angebote zu schaffen, die niedrigschwellig Teilhabe ermöglichen. Beteiligungsmöglichkeiten, Dialogformate und Begegnungsorte spielen hierbei eine zentrale Rolle (Bertelsmann Stiftung 2022).

Rahmenbedingungen für mehr Zusammenhalt schaffen

Die Landesregierung Baden-Württemberg setzt mit der Landesstrategie „*Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten.*“ seit 2017 genau hier an. Das Ziel der Strategie ist es, lebendige Nachbarschaften, Stadtteile und Dörfer zu gestalten, in denen sich Menschen einbringen, Verantwortung übernehmen und einander unterstützen. Dementsprechend ist Quartiersentwicklung in einem ganzheitlichen Sinne zu verstehen und geht über städtebauliche Maßnahmen hinaus: Von der Schaffung von Begegnungsorten und einer tragenden sozialen Infrastruktur über die Gestaltung eines wertschätzenden, von bürgerschaftlichem Engagement getragenen Umfeldes bis hin zu bedarfsgerechten Wohn- und Nahversorgungsangeboten wird eine Vielzahl an Handlungsfeldern durch die Strategie abgedeckt.

Die FaFo ist vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration im Rahmen der Landesstrategie damit beauftragt, neue Kommunen und Zielgruppen für eine räumlich differenzierte Quartiersentwicklung zu mobilisieren. Dafür fördert die FaFo die landesweite Vernetzung und den Erfahrungsaustausch der Quartiersaktiven durch verschiedene Veranstaltungsformate sowie das Online-Portal www.quartier2030-bw.de. Durch Engagement und das gemeinsame Gestalten unmittelbar vor Ort kann das gegenseitige Vertrauen wachsen und die Menschen werden Teil einer lokalen Gemeinschaft.



Besonders kleinere Städte und Gemeinden stoßen dabei jedoch an ihre Grenzen, da es oft an spezialisierten Fachstellen fehlt. Lokale Netzwerke können in diesen Fällen den entscheidenden Unterschied machen. Sie erweitern den sozialen Gestaltungsspielraum und ermöglichen es Kommunen, gesellschaftliche Themen effektiv anzugehen. Ein gelungenes Beispiel ist hier das Programm „Netzwerk für Generationen“, das die FaFo im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung umsetzt.

Praxisbeispiele: So gelingt gesellschaftlicher Zusammenhalt

Verschiedene Projekte aus dem „Netzwerk für Generationen“ zeigen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt konkret gestärkt werden kann.

Fest der Generationen: Begegnung im öffentlichen Raum

Ein *Fest der Generationen* bringt Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, Herkunft und sozialer Hintergründe zusammen – unkompliziert und offen. Mit kreativen Aktionsstationen, wie einem „Sofa-Gespräch“, entstehen neue Begegnungen und Austauschmöglichkeiten. Die Besuchen-

den lernen sich (neu) kennen, tauschen sich über Bedürfnisse und Ideen aus und entdecken Möglichkeiten für gemeinschaftliche Aktivitäten. Solche Formate wirken Einsamkeit entgegen und fördern ein Gefühl der Zugehörigkeit.

Bürger- und Nachbarschaftscafé: Treffpunkte und Ideenschmieden

Offene Cafés bieten mehr als nur Kaffee: Sie schaffen Räume für Austausch und Beteiligung. Bürgerinnen und Bürger können eigene Ideen einbringen und das Umfeld aktiv mitgestalten – sei es durch Food-Sharing-Projekte, Reparatur-Cafés oder gemeinsame Spieleabende. Diese Treffpunkte werden zu Plattformen des generationsübergreifenden Austauschs und fördern ein aktives Miteinander. Menschen, die bisher wenig Teil der Gemeinschaft waren, finden hier einen Ort, an dem sie sich willkommen fühlen.

Essen verbindet: Teilhabeangebote für stille Gruppen

Gemeinsame Mittagstische bieten insbesondere älteren, vereinsamten Menschen oder Menschen mit Armutserfahrung die Möglichkeit, wieder Teil

des gesellschaftlichen Lebens zu werden. Generationenübergreifende Konzepte – wie Koch- und Bastelprojekte mit Schulen oder interkulturelle Kochangebote mit geflüchteten Menschen – fördern zusätzlich den sozialen Austausch und stärken die Bindung zur Gemeinde.

Weitere Beispiele guter Praxis aus ganz Baden-Württemberg finden Sie auch auf dem Online-Portal „Quartier 2030“ (www.quartier2030-bw.de/landkarte).

Begegnung, Dialog und gemeinsames Gestalten sind Kernelemente, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und die Menschen über ihre Themen zusammenzubringen. Kommunen können durch gezielte Maßnahmen und starke Netzwerke Rahmenbedingungen schaffen, die Teilhabe und soziales Engagement fördern. Denn nur eine Gesellschaft, in der sich Menschen verbunden fühlen, kann zukünftige Herausforderungen erfolgreich meistern.

Quellen:

Bertelsmann Stiftung (2022): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/2022_Zusammenhalt_BadenWuerttemberg-Lang.pdf, abgerufen am 03.02.2025.

Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten./ Strategie, <https://www.quartier2030-bw.de/quartier2030/strategie/strategie.html>, abgerufen am 03.02.2025.



7. Fachtag Quartiersentwicklung 2024



Gleichstellung und Diversity

Onlinebefragung zur Lebenswirklichkeit von LSBTIQ*-Menschen in Baden-Württemberg
Autorinnen: Felizia Hanemann und Stephanie Bundel

Queere Menschen weiterhin Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt

Laut aktuellem Bericht des Bundesinnenministeriums und des Bundeskriminalamts ist die Zahl der Straftaten gegen lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen (LSBTIQ*) im Jahr 2023 um etwa 30 % gestiegen (BMI 2024).

Auch in Baden-Württemberg zeigt die im Sommer 2023 von der FaFo im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg durchgeführte Onlinebefragung „Bunt & Stark“, dass LSBTIQ*-Menschen in verschiedenen Lebensbereichen nach wie vor Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt sind (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg 2024).¹

Negative Reaktionen aufgrund von LSBTIQ*-Identität

45 % der Befragten wurden in den letzten 12 Monaten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität diskriminiert. Drei von vier befragten LSBTIQ*-Personen haben in diesem Zeitraum Gewalt gegen sich oder ihre Gleichbehandlung erfahren.

Am häufigsten wurde von negativen Reaktionen aufgrund der (angenommenen) LSBTIQ*-Identität berichtet, wie beispielsweise Gaffen (63 %), nicht ernst nehmen (55 %) und lächerlich machen

(55 %). Auch Beleidigungen und verbale Angriffe erfuhren 46 % der Befragten. Mit 20,7 % war jede fünfte Person von sexuellen Belästigungen betroffen. Bedrohungen betrafen knapp 15 % der Befragten. Gewalttaten und Delikte wie körperliche Angriffe (6,7 %), Anspucken (5,6 %), Beschädigung von Eigentum (4,7 %), Diebstahl (2,4 %) und Vergewaltigungen (2,2 %) wurden ebenfalls angegeben, wenn auch seltener.

Orte der Gewalterfahrung

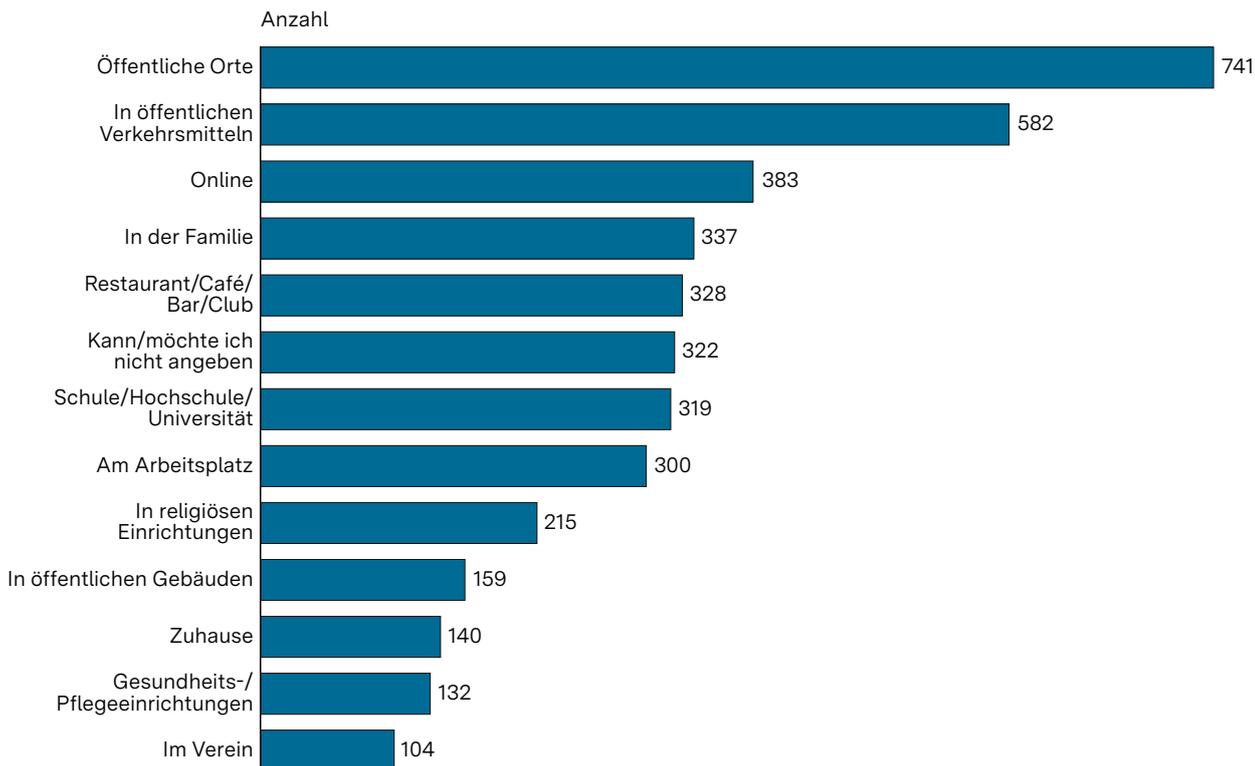
Negative Erfahrungen machten LSBTIQ*-Personen am häufigsten an öffentlichen Orten oder in öffentlichen Verkehrsmitteln (siehe Schaubild). Ein Befragter berichtet beispielsweise: „Ich wurde



Impression vom **Beteiligungsworkshop Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“**

¹ Die Onlinebefragung fand zwischen dem 4. Juli 2023 und dem 4. August 2023 statt. Der Fragebogen richtete sich an Personen, die sich als lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter*, queer, nicht-binär, aromantisch, asexuell oder als Teil dieser Community verstehen und in Baden-Württemberg leben oder sich regelmäßig dort aufhalten. Schwerpunktthemen der Befragung waren: Gesundheit, Diskriminierung, Gewalt und Hassverbrechen, Bildung und Familie. Insgesamt wurden Daten von 2.088 Befragten ausgewertet.

Orte der negativen Reaktionen bzw. Gewalterfahrungen in den letzten 12 Monaten



Datenquelle: Onlinebefragung Bunt & Stark 2023, Berechnungen der Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

169 25

an einem öffentlichen Ort in Stuttgart gefragt, ob ich schwul sei und habe geantwortet, „Ja, wieso?“. Daraufhin hat mich der Fragesteller auf die Wange geschlagen.“ Am dritthäufigsten erfahren queere Menschen Hasskriminalität im Internet. Bereits an vierthäufigster Stelle werden negative Erfahrungen innerhalb der eigenen Familie gemacht und auch in anderen wichtigen Lebensbereichen wie am Arbeitsplatz oder in Bildungseinrichtungen kommen häufig Diskriminierungs-/Gewalterfahrungen vor.

Zum Abbau von Diskriminierung hat die Landesregierung 2015 den Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ mit zentralen politischen Zielen für eine tolerante und gleichberechtigte Gesellschaft ins Leben gerufen. Dieser Aktionsplan wird weiterentwickelt, um die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in allen Lebensbereichen weiter zu normalisieren und zu stärken. Die FaFo unterstützt die Weiterentwicklung des Aktionsplans mit einer Beteiligungsveranstaltung im September 2024.

Quellen:

Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI 2024): Lagebericht zur kriminalitätsbezogenen Sicherheit von LSBTIQ*, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2024/lb-lsbtiq.pdf?__blob=publicationFile&v=1, abgerufen am 18.12.2024.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (2024): Bunt & Stark. Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen in Baden-Württemberg, https://www.statistik-bw.de/FaFo/Publikationen/LSBTIQ_Onlinebefragung.pdf, abgerufen am 18.12.2024.



https://www.statistik-bw.de/FaFo/Publikationen/LSBTIQ_Onlinebefragung.pdf



Gleichstellung und Diversity

Beteiligungsprozess im Rahmen der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie

Baden-Württemberg

Autorin: Leena Braun

Gleichstellung gemeinsam voranbringen

Dass Gleichberechtigung nicht automatisch die tatsächliche Gleichstellung aller Geschlechter bedeutet, machen einschlägige Statistiken deutlich. So lag der unbereinigte Gender Pay Gap in Baden-Württemberg 2023 beispielsweise bei 22 % (Deutschland: 18 %).¹ Geschlechterspezifische Diskriminierung ist noch immer in zahlreichen Sphären unserer Gesellschaft fest verankert. Zumeist sind es Frauen, die benachteiligt werden, aber auch Männer leiden unter den patriarchalen Strukturen². Strukturelle und unbewusste Barrieren können nur gemeinsam abgebaut werden. Im Koalitionsvertrag der derzeitigen Landesregierung wurde erstmals in der Geschichte Baden-Württembergs die Erstellung einer ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie beschlossen. Ziel der Strategie ist die umfassende Gleichstellung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kulturellen und digitalen Belangen. Um einen wissenschaftlich fundierten Überblick über die aktuelle Lage der Gleichstellung in Baden-Württemberg zu erlangen, erstellte das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. (ISS) eine Analyse zum Stand der Gleichstellung in Baden-Württemberg (ISS 2024).

1. Teilhabe und Mitbestimmung
2. Bildung und Berufswahl
3. Kultur und Wissenschaft
4. Arbeitswelt und chancengerechte Mitgestaltung der Transformation
5. Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
6. Antifeminismus und Diskriminierungsfreiheit
7. Gesundheit

Aufbauend auf diesen Handlungsfeldern wurde die FaFo vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration beauftragt, den Beteiligungsprozess externer Stakeholder zur Erstellung der ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie zu begleiten. Im Rahmen einer Zukunftskonferenz im Juni 2024 wurden in Workshops unterschiedliche Handlungsbedarfe und die zugehörigen Maßnahmenvorschläge formuliert. Die anschließende Online-Befragung zu Zielen und Maßnahmen der Strategie gab den Stakeholdern die Möglichkeit ihre Anliegen nochmals zu vertiefen. Insgesamt wurden rund 760 Maßnahmenvorschläge von 53 Stakeholdern eingebracht.

1 Weitere Daten zum Thema Gleichstellung finden Sie im Gesellschaftsmonitoring Baden-Württemberg unter <https://www.gesellschaftsmonitoring-bw.de/themenfelder/gleichstellung/> (abgerufen am 06.03.2025).

2 Der vorliegende Beitrag erkennt an, dass ein binäres Geschlechtersystem nicht dem aktuellen Stand der Wissenschaft entspricht. Auch Menschen, die sich nicht dem binären Geschlechtersystem zugehörig fühlen, erleben auf unterschiedlichen Ebenen Diskriminierung (siehe FaFo (2024): Bunt & Stark – Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen in BW, https://www.statistik-bw.de/FaFo/Publikationen/LSBTIQ_Onlinebefragung.pdf, abgerufen am 06.03.2025).



Workshops der Zukunftskonferenz 2024

Dabei gab es Vorschläge, die in mehreren Themenfeldern eingebracht wurden. Dazu gehörten beispielsweise die Stärkung der Gleichstellungsbeauftragten bzw. die Novellierung des Chancengleichheitsgesetzes, die Notwendigkeit Sorgearbeit neu zu denken, die Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung oder Beruf, der Ausbau und die Verstärkung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie die Veränderung des Mindsets beispielsweise durch Vorbilder und Kampagnen.

Es wurde deutlich, dass Frauen nach wie vor mehr Zeit für unbezahlte Sorgetätigkeiten aufbringen. Die Domäne Haushalt inklusive aller Sorgetätigkeiten ist immer noch weiblich, die entlohnte Erwerbssphäre (besonders in den Führungsebenen) männlich dominiert. Die vielschichtige Problematik der Vereinbarkeit von Sorge- und Erwerbstätigkeiten umfasst letztlich auch die finanzielle Unabhängigkeit und eigenständige Existenz-

sicherung von Frauen. Sie birgt viel Verbesserungspotenzial durch strukturelle Veränderungen, beispielsweise eine verlässliche Kinderbetreuung oder die vermehrte Einbeziehung von Vätern. Doch auch unterbewusste, internalisierte Stereotype und die damit verbundenen Erwartungshaltungen verfestigen die Ungleichheit der Geschlechter weiter. Die Wissenschaft spricht hier vom *Unconscious Gender Bias*, den unbewussten Vorurteilen, die auf dem zugeschriebenen Geschlecht des Gegenübers basieren (bspw. Madsen und Andrade 2018). Diese Vorurteile oder Vorbehalte spiegeln meist nicht unbedingt die bewussten Meinungen einer Person wider, sondern manifestieren sich in einer unterbewussten Bewertung, die von traditionellen Geschlechterstereotypen geprägt ist. Auch wenn sich heute die meisten Familien eine partnerschaftliche Aufgabenteilung wünschen, ist das, was internalisiert wurde und sich stetig im Alltag unterbewusst reproduziert, nicht ohne Weiteres

Abschlussveranstaltung des Beteiligungsprozesses



abzuschütteln. Multidimensionale Problematiken bedürfen multidimensionaler Lösungen – an dieser Stelle soll die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie positive Veränderungen bewirken.

Der Beteiligungsprozess wurde schließlich im Dezember 2024 mit einer Veranstaltung in der Staatsgalerie Stuttgart abgeschlossen. Die erste ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie für Baden-Württemberg soll im Herbst 2025 erscheinen.

Quellen:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (2024): Zum Stand der Gleichstellung in Baden-Württemberg: Analysen und Entwicklungsoptionen, <https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/zum-stand-der-gleichstellung-in-baden-wuerttemberg-analysen-und-entwicklungsoptionen>, abgerufen am 06.03.2025.

Madsen, Susan R. und Andrade, Maureen S. (2018): Unconscious Gender Bias: Implications for Women's Leadership Development. In: Journal of Leadership Studies.



Austausch und Vernetzung für das kommunale Integrationsmanagement

In den vergangenen Jahren hat sich Baden-Württemberg für viele Menschen mit Fluchterfahrung zu einer neuen Heimat entwickelt. Zum Jahresende 2023 lebten rund 369.800 Schutzsuchende in Baden-Württemberg. Die größte Gruppe von ihnen bildeten rund 124.700 ukrainische Staatsangehörige (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2024). Die meisten von ihnen kamen 2022 aufgrund des russischen Angriffskriegs in den Südwesten, was zu einem Rekordanstieg der registrierten Schutzsuchenden seit Beginn der Statistik im Jahr 2007 führte. Dieser Zuzug übertraf die Spitzenwerte der Fluchtbewegungen in den Jahren 2015 und 2016, die bis heute Bilder von ankommenden Menschen im kollektiven Gedächtnis präsent halten (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2023).

In der damaligen Situation standen das Land und die Kommunen vor der Herausforderung, den großen Zuzug aufzufangen und Menschen mit einer Bleibeperspektive bei ihrer Integration zu unterstützen. Ein wichtiger Schritt in diesem Prozess war und ist der „Pakt für Integration“, der 2017 zwischen dem Land Baden-Württemberg und den kommunalen Landesverbänden (Städte-, Gemeinde- und Landkreistag) vereinbart wurde. Heute profitieren Schutzsuchende aus zahlreichen Ländern wie beispielsweise der Ukraine, Afghanistan, Syrien oder auch Somalia und Eritrea davon.

Das Kernstück des „Paktes für Integration“ ist das **kommunale Integrationsmanagement**. Es hat zum Ziel, Geflüchtete in der Anschlussunterbringung durch eine individuelle soziale Beratung durch sogenannte **Integrationsmanagerinnen und**

Integrationsmanager in ihrem Integrationsprozess zu unterstützen. Mithilfe des Case-Management-Ansatzes werden individuelle Integrationspläne erarbeitet und Entwicklungsziele für Geflüchtete in verschiedenen Bereichen wie Sprachkompetenz oder Bildung festgelegt. Sie werden befähigt und ermutigt, möglichst schnell auf eigenen Beinen zu stehen und vorhandene Angebote der Integration sowie Strukturen der Regeldienste, wie beispielsweise dem Jobcenter, selbstständig wahrzunehmen (Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg 2023).

Rund 1.200 Integrationsmanagerinnen und Integrationsmanager sind in Baden-Württemberg aktiv. Um diese in ihrem noch jungen Berufsfeld zu unterstützen und professionelle Netzwerke aufzubauen, ist die FaFo vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration mit der Durchführung von Regionalkonferenzen beauftragt. Dabei stehen die Stärkung der Beratungspraxis sowie der interkommunale und -kollegiale Erfahrungsaustausch über die Strukturen und Instrumente des Integrationsmanagements im Vordergrund. Im Jahr 2024 hat die FaFo in enger Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg vier Regionalkonferenzen in den Regierungsbezirken Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen durchgeführt.

Die Regionalkonferenzen sind so gestaltet, dass sie einen Austausch ermöglichen, der neue Impulse und Lösungsansätze für die täglichen Herausforderungen in der Praxis bietet. Denn es hat sich gezeigt, dass viele der Herausforderungen, mit denen Integrationsmanagerinnen und Integra-

tionsmanager konfrontiert sind, unabhängig von den jeweiligen Standorten auftreten. So erleben beispielsweise viele die Auswirkungen des Rückgangs des ehrenamtlichen Engagements und der Willkommenskultur in ihrer Arbeit. Auch in der Zusammenarbeit mit Regeldiensten sind vielerorts ähnliche Herausforderungen gegeben. Um hier einen Austausch und den Aufbau von Netzwerken zu unterstützen, werden zunehmend Vertreterinnen und Vertreter der Regeldienste zu den Regionalkonferenzen eingeladen, um den Dialog zu fördern und das gegenseitige Verständnis zu stärken. Weitere Themen der Regionalkonferenzen waren beispielsweise die Fragen, wie für die Themen Gewaltschutz und Kindeswohl sensibilisiert werden kann oder wie sich fremdenfeindliche Haltungen in der Bevölkerung auf die Arbeit mit geflüchteten Menschen auswirken. Insgesamt zeigt sich, dass das Teilen von Good-Practice-Beispielen, wie zum Beispiel erfolgreiche Kommunikationsstrategien im Umgang mit Klientinnen und Klienten auf dem Weg zu mehr Selbstständigkeit, wertvolle Impulse für die eigene Arbeitspraxis geben kann.

Auch in den Jahren 2025 und 2026 sind wieder Regionalkonferenzen für Integrationsmanagerinnen und Integrationsmanager geplant.

Quellen:

Statisches Landesamt Baden-Württemberg (2024): 369 800 Schutzsuchende leben in Baden-Württemberg -124 700 Schutzsuchende haben eine ukrainische Staatsangehörigkeit, Pressemitteilung 132/20224, 03.06.2024, <https://www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2024132>, abgerufen am 06.03.2025.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg – Werner Brachat-Schwarz (2023): Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 10/2023, https://www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Monatshefte/PDF/Beitrag23_10_01.pdf, abgerufen am 27.02.2025.

Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg (2023): Verwaltungsvorschrift des Sozialministeriums zur Förderung des Integrationsmanagements in Baden-Württemberg (VwV Integrationsmanagement 2023), https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Downloads_PIK/PIK_VwV-Integrationsmanagement-2023_GABl_272ff.pdf, abgerufen am 31.01.2025.

Regionalkonferenz für das
kommunale Integrationsmanagement





Gender Gap Arbeitsmarkt bei Frauen mit Migrationserfahrung besonders ausgeprägt

In Baden-Württemberg waren zum Stand 2022 rund 910.000 Personen bzw. 31,1 % der Bevölkerung zwischen 25 und 45 Jahren zugewandert. Unter den zugewanderten Frauen gingen 301.000 (67,4 %) einer Erwerbstätigkeit nach (siehe Abbildung 1). Damit lag die Erwerbsquote von Frauen mit Migrationserfahrung deutlich unter der von Frauen ohne Migrationshintergrund (88,0 %). Laut GesellschaftsReport 3/23 liegen die Gründe dafür bei Bildungsabschlüssen, Sprachkenntnissen, Anzahl der Kinder und dem Zugang zu Betreuungsangeboten (FaFo 2023).

Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt

Aus Perspektive des Arbeitsmarktes birgt die Integration von Frauen mit Migrationserfahrung das Potenzial, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und somit zur wirtschaftlichen Stabilität beizutragen. Gleichzeitig ist es ein bedeutender Schritt in der Förderung der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern, um den „Gender Gap Arbeitsmarkt“ zu verringern, der bei Migrantinnen besonders hoch ist (Dülken und Shibeshi 2024).

Wie Zahlen des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg zeigen, sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt dreifach benachteiligt, da sie weniger oft und weniger Stunden arbeiten und geringere Stundenlöhne haben (siehe Abbildung 2). Bei Frauen mit Migrationshintergrund verstärkt sich diese Benachteiligung in allen drei Kategorien (Dülken und Shibeshi 2024).

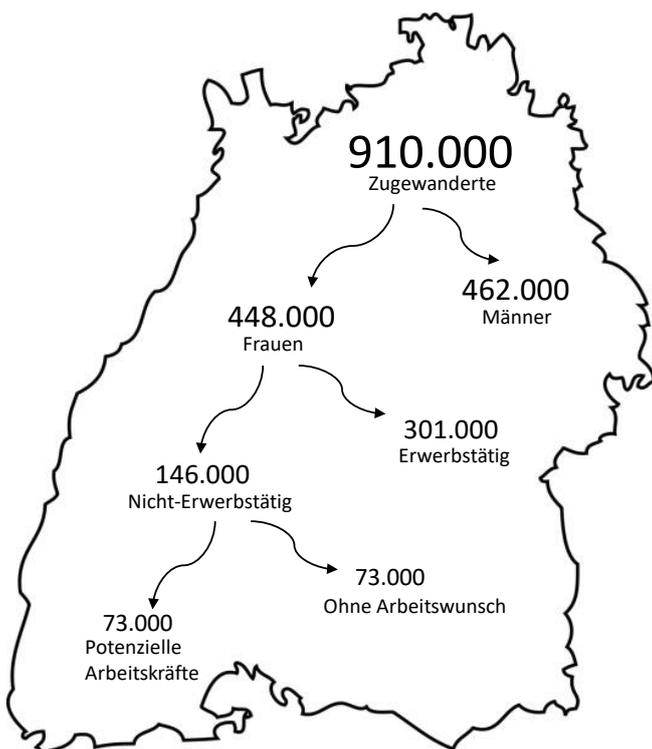


Abbildung 1: Migration nach Baden-Württemberg nach Herkunftsländern, Zeitraum des Zuzugs, Geschlecht und Erwerbsstatus. Datenquelle: Mikrozensus 2022, eigene Darstellung FaFo Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt.

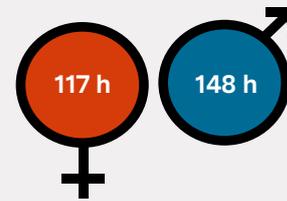
Gender Pay Gap:

Frauen haben geringere Stundenlöhne



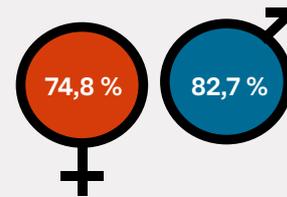
Gender Hours Gap:

Frauen arbeiten weniger bezahlte Stunden pro Monat



Gender Employment Gap:

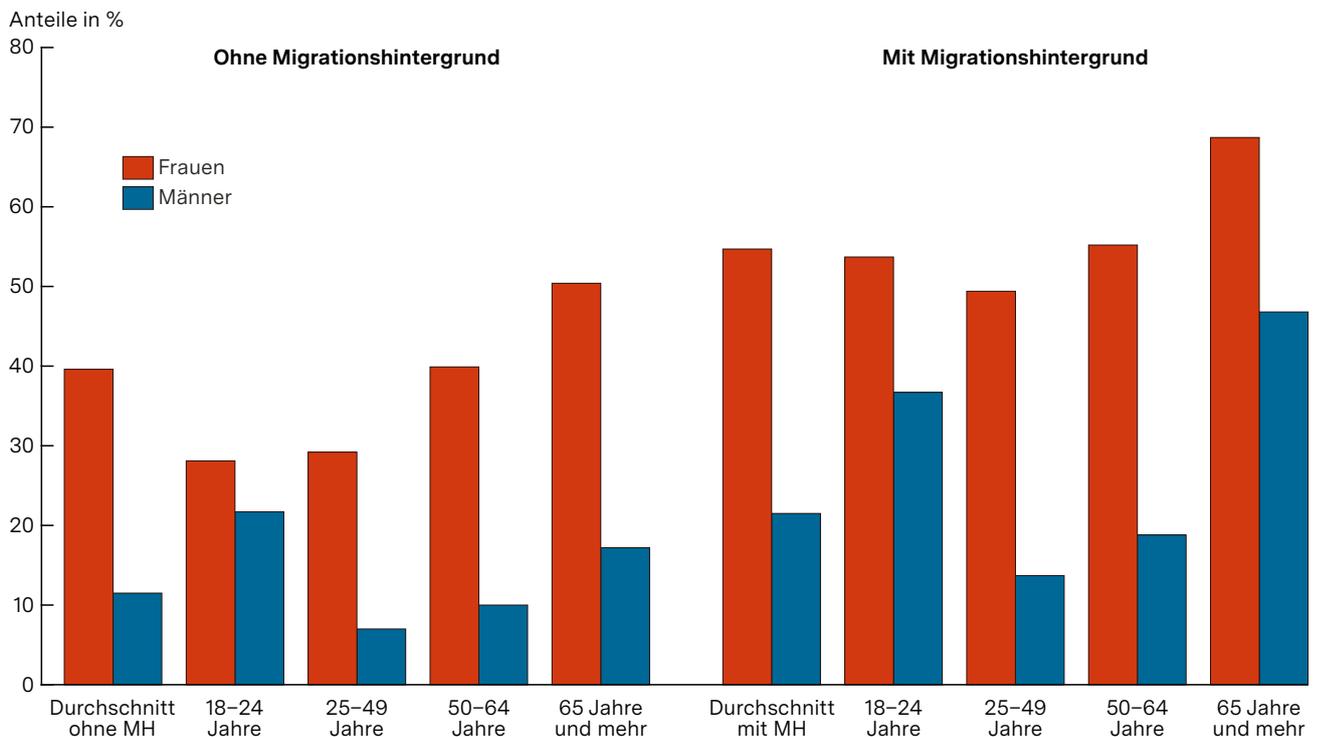
Weniger Frauen gehen arbeiten



Gender Gap Arbeitsmarkt: 44 %

Abbildung 2:
Gender Gap Arbeitsmarkt Baden-Württemberg. Verdiensterhebung (April) 2023, Mikrozensus 2022.
Eigene Darstellung FaFo im Statistischen Landesamt Baden-Württemberg.

Persönliches Nettoeinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle in Baden-Württemberg 2023 nach Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund



Datenquelle: Mikrozensus Erstergebnis 2023.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

170 25

Armutsrisiko von Frauen mit Migrationserfahrung

Dies hat auch Folgen für das Armutsrisiko von Migrantinnen. Laut Daten des Mikrozensus für Baden-Württemberg fällt das mittlere persönliche Nettoeinkommen von Personen mit Migrationshintergrund (1.724 Euro) niedriger aus als von Menschen ohne Migrationshintergrund (2.053 Euro). Würden Frauen ausschließlich von ihrem persönlichen Nettoeinkommen leben, wären 54,7 % der Frauen mit Migrationshintergrund armutsgefährdet. (Im Vergleich: 39,6 % der Frauen ohne Migrationshintergrund, 21,5 % der Männer mit Migrationshintergrund und 11,5 % der Männer ohne Migrationshintergrund). In anderen Worten: Mehr als die Hälfte der Frauen mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg wären bei alleiniger Abhängigkeit vom persönlichen Nettoeinkommen überdurchschnittlich stark von Armut betroffen. Dies gilt für alle Altersgruppen bis auf die 25- bis 49-Jährigen mit 49,4 %. Bei Frauen mit Migrationshintergrund über 65 Jahren wären sogar mehr als ein Drittel (68,7 %) armutsgefährdet.

Die Auswirkungen des Gender Gaps Arbeitsmarkt auf die Armutsgefährdung von Frauen mit Migrationshintergrund verdeutlichen die Wichtigkeit, die Integration von Migrantinnen in den Arbeitsmarkt zu fördern. Dabei ist entscheidend, Prozesse wie Sprach- und Integrationskurse und Anerkennungsverfahren zeitnah nach der Einwanderung einzuleiten. Die Stärkung der Selbstwirksamkeit der Migrantinnen ist ein weiterer entscheidender Ansatzpunkt für die Verbesserung der beruflichen Potenziale. Eine zielgruppenspezifische Ansprache und Beratungs- und Bildungsangebote mit niederschweligen Zugängen sind dabei hilfreich (FaFo 2023).

Quellen:

Dülken, Bianca und Shibeshi, Samrawit (2024): Ungleiche Bezahlung in Engpassberufen. Die unsichtbaren Grenzen von Herkunft und Geschlecht, <https://minor-kontor.de/bezahlung-engpassberufe/>, abgerufen am 7.11.2024.

FaFo – Bundel, Stephanie/Hanemann, Felizia und Schana, Leon (2023): Berufliche Potenziale von Migrantinnen in Baden-Württemberg stärken. Gesellschafts-Report BW 3/23, https://www.statistik-bw.de/FaFo/Familien_in_BW/R20233.pdf, abgerufen am 06.03.2025.



https://www.statistik-bw.de/FaFo/Familien_in_BW/R20233.pdf

Veröffentlichungen der FaFo 2024

Im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration:

Kristina Faden-Kuhne, Dr. Stephanie Saleth,
Jan Velimsky

Altersarmut in Baden-Württemberg. Erster Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe

Kristina Faden-Kuhne, Dr. Stephanie Saleth,
Jan Velimsky, Carsten Anders

Wohnsituation armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg. Zweiter Bericht zur Gesellschaftlichen Teilhabe

Jan Velimsky

Soziale Isolation und Einsamkeit armuts- gefährdeter Menschen in Baden-Württemberg. GesellschaftsReport BW

Rosa Seitz, Dr. Felizia Hanemann, Ann-Katrin Weiller

Frauenarmut in Baden-Württemberg: Einkommen und Verdienstunterschiede im Fokus

Stephanie Bundel, Dr. Felizia Hanemann
und Leon Schana

Berufliche Potenziale von Migrantinnen in Baden- Württemberg stärken. GesellschaftsReport BW

Dr. Felizia Hanemann, Anna Karmann,
Dr. Stephanie Saleth

Familien als starke Mitte – Ein Blick auf Baden-Württemberg. GesellschaftsReport BW

Stephanie Bundel, Dr. Felizia Hanemann

Bunt & Stark. Onlinebefragung zur Lebenssituation von LSBTIQ*-Menschen in Baden-Württemberg

Dr. Felizia Hanemann, Anna Karmann,
Stephanie Bundel

Wiedereinstieg und Verbleib im Pflegeberuf. Abschlussdokumentation zum Ideenwettbewerb 2023/2024

Alexander Krickl, Jens Ridderbusch

Leitfaden zur Umsetzung von regionalen Vernetzungskonferenzen

Beiträge im Statistischen Monatsheft Baden-Württemberg:

Jan Velimsky, Kristina Faden-Kuhne

Die multiplen Folgen von Altersarmut und wie man ihnen begegnen kann

Jan Velimsky, Kristina Faden-Kuhne

Altersarmut als Folge geschlechtsspezifischer Ungleichheiten im Lebensverlauf

Bernd Eggen

Existiert Armut oft nur in der Statistik?

Bernd Eggen

Eigensinn und Selbstgestaltung der Familien

Externe Veröffentlichung:

Bernd Eggen

Weit mehr als Familien beobachten

Vorträge der FaFo 2024

Heterogenität von Familie

Dr. Stephanie Saleth
Evangelische Hochschule Ludwigsburg –
Campus Reutlingen
22. Januar 2024

Bunt & stark. Onlinebefragung zur Lebenssituation queerer Menschen in Baden-Württemberg

Stephanie Bundel und Dr. Felizia Hanemann
Landesbeiratssitzung
Für Akzeptanz & gleiche Rechte
30. Januar 2024

Gemeinsam gegen Kinderarmut

Robin Weiß
Erste Armutskonferenz im
Schwarzwald-Baar-Kreis
13. März 2024

Erster Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe:

Armut und Teilhabe im Alter

Kristina Faden-Kuhne
LAG Grüne Alte
16. April 2024

Erster Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe:

Armut und Teilhabe im Alter

Kristina Faden-Kuhne
Fachgespräch Bündnis gegen Altersarmut
18. April 2024

Erster Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe:

Armut und Teilhabe im Alter

Kristina Faden-Kuhne
Der Paritätische Wohlfahrtsverband
Landesverband Baden-Württemberg e.V.
15. Mai 2024

Präventionsnetzwerke in Baden-Württemberg – Ein Überblick

Robin Weiß
Stadt Baden-Baden
15. Mai 2024

„We are Family!? –

Was macht Familie zur Familie?“

Dr. Stephanie Saleth, Prof. Christel Althaus
Kamingespräche Schloss Waldenbuch,
Kulturwerk Waldenbuch
17. Mai 2024

Armut und Teilhabe im Alter

Kristina Faden-Kuhne
Workshop zu Altersarmut am 7. Fachtag
Quartiersentwicklung
09. Juli 2024

Auswirkungen und Prävention von Kinderarmut in Baden-Württemberg

Heike Lipinski
Rotary-Club Ludwigsburg
02. September 2024

Zweiter Bericht zur gesellschaftlichen Teilhabe: Wohnsituation armutsgefährdeter Menschen in Baden-Württemberg

Kristina Faden-Kuhne
Fachgespräch zum zweiten Bericht
zur gesellschaftlichen Teilhabe
24. Oktober 2024

Altersarmut und Einsamkeit

Kristina Faden-Kuhne
Netzwerk „Leben im Alter“ Neckarsulm
04. November 2024

Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut – Ein Überblick

Robin Weiß
Landratsamt Esslingen
26. Nov. 2024

**Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut:
Best Practice aus der baden-württembergischen
Praxis**

Robin Weiß
Zentraler Runder Tisch für Frühe Hilfen
und Kinderschutz im Landkreis Böblingen
27. Nov. 2024

**Altersarmut und Einsamkeit
in Baden-Württemberg**

Kristina Faden-Kuhne
Quartierswerkstatt 2.0
des Landkreistags Baden-Württemberg
28. November 2024

**Kinderarmut
in Baden-Württemberg**

Heike Lipinski
Katholische Erwachsenenbildung
im Landkreis Ludwigsburg e.V.
in Kooperation mit unterschiedlichen Trägern
(unter anderem MACH DICH STARK)
03. Dezember 2024
Scala Ludwigsburg

**Schlaglichter aus der modularen
Armutsberichterstattung
Baden-Württemberg**

Kristina Faden-Kuhne
Bund-Länder Treffen
zur Sozialberichterstattung
in Düsseldorf
03. Dezember 2024

**Ergebnisse des Beteiligungsprozesses
zur ressortübergreifenden
Beteiligungsstrategie BW**

Dr. Stephanie Saleth
Abschlussveranstaltung
zum Beteiligungsprozess,
Staatsgalerie Stuttgart
09. Dezember 2024

Kick-Off-Veranstaltung des Programms
Netzwerk für Generationen



Vorstellung des Teams

Leitung



Dr. Stephanie Saleth
Dipl. Pädagogin

Team



Jennifer Albani
M.A. (Ökonomische und
soziologische Studien)



Leena Braun
M.A. (Political and
Social Sciences)



Stephanie Bundel
M.A. (Soziologie)



Dr. Bernd Eggen
Dipl. Soziologe und
Sozialpädagoge



Kristina Faden-Kuhne
M.A. (Soziologie, Politik-
wissenschaft, Kunst-
geschichte)



Dr. Felizia Hanemann
M.Sc. (Health and
Labour Economics)



Marie Sophie Jestadt
M.Sc. (Survey-Statistik)



Anna Karmann
M.A. (Soziologie)



Alexander Krickl
Dipl. Pädagoge



Carolin Krumbein
M.A. (Politikwissenschaft)



Marvin Kubik
B. Sc. (Informatik)
B.A. (Politikwissenschaft)



Anja Läßle
M.A. (Erwachsenenbildung/
Weiterbildung)



Heike Lipinski
Dipl. Soziologin



Konstantin Proske
Dipl. Soziologe



Dr. Jens Ridderbusch
Dipl. Politologe



Victoria Saur
M.A. (Planung und
Partizipation)



Rosa Seitz
M.A. (Empirische Politik-
und Sozialforschung)



Julia Sterk
B.A. (Politikwissenschaft)



Dr. (rer. pol) Jan Velimsky
M.A. (Empirische Politik-
und Sozialforschung)



Robin Weiß
M.A. (Forschung und Entwick-
lung in der Sozialen Arbeit/
Sozialpädagogik)



So erreichen Sie uns

Familienforschung Baden-Württemberg im Statistischen Landesamt

Raiffeisenplatz 5 · 70736 Fellbach

Telefon 0711/641 2033

fafo-bw@stala.bwl.de · **www.statistik-bw.de** · **www.fafo-bw.de** · **fafo-bw@stala.bwl.de**

Gerne beraten wir Sie auch persönlich. Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst · Telefon 0711/ 641- 28 33 · auskunftsdienst@stala.bwl.de

Pressestelle · Telefon 0711/ 641- 24 51 · pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb · Telefon 0711/ 641- 28 66 · vertrieb@stala.bwl.de

Bibliothek · Telefon 0711/ 641- 21 33 · bibliothek@stala.bwl.de

Kontaktzeiten · Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr · Freitag 9.00 – 12.00 Uhr